

klar**text**

Seite 4:

Hochschulstruktur in
Sachsen-Anhalt – Interview
mit dem STURA Halle

Seite 8:

Voraus ins Mittelalter –
Gespräch über aktuelle
Gleichstellungspolitik

Seite 13:

Die Integration der
europäischen Linken
und die KSCM

275.314

Unterschriften für ein
kinder- und jugendfreundliches
Sachsen-Anhalt

Alternativen sind möglich!

von Dr. Rosemarie Hein



„Ihr könnt ja auch nichts machen“, hörte ich an den Ständen zur Unterschriftensammlung für das Volksbegehren immer wieder. „Tut doch mal etwas für unsere Rente“ – auch das waren Meinungen, die nicht selten geäußert wurden. Kinder und Rente – wie passt das zusammen?

Alle Generationen müssen sich wohlfühlen

Es passt, wenn auch nicht nur in dem einfachen Zusammenhang des Generationenvertrages, wonach die heute Arbeitenden die Rente für die heutigen Rentnerinnen und Rentner erarbeiten. Zum Wohlfühlen in einer Region gehört auch, dass sich alle Generationen zu Hause fühlen. Zu Hause fühlt man sich, wo man Arbeit hat, Kultur findet, keine weiten Wege zum Arzt hat, Hilfe in der Not in Anspruch nehmen kann. Für sich und die Kinder und die Enkel. Alles das gehört zum weiten Feld sozialer Sicherheit. Gerade Eltern und Großeltern sind es, die heute nicht selten beklagen, dass die Kinder nicht nur aus dem Hause gehen, sondern um ihrer Existenz willen weit weg eine Lehrstelle finden oder Arbeit annehmen müssen. Sicher ist es auch normal, das Kinder woanders als in ihrem Geburtsort eine neue Chance finden, aber für uns in Sachsen-Anhalt ist dieser Wegzug, der in ganzen Regionen den Charakter eines Exodus annimmt, eine massive soziale Entmischung der Wohnbevölkerung. Der Anteil der älteren Menschen an der Bevölkerung nimmt ebenso zu wie der der Arbeitslosen und der sozial Bedürftigen. Eine selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung kann so nicht entstehen. Der Osten bliebe am Tropf des Westens.

Für einen neuen Generationenvertrag

Die Frage ist nun, ob es aus diesem Teufelskreis einen Ausweg gibt? Wir denken, ja. Darum haben wir uns auf der gemeinsamen Klausur von Landesvorstand und Landtagsfraktion zu Jahresbeginn auf ein 7-Punkte-Programm verständigt, das einen neuen Generationenvertrag zum Ziel hat. Es geht um nichts weniger als für junge Menschen, Familien und Kinder hier bessere Existenzbedingungen zu schaffen, damit sie in Sachsen-Anhalt ihr Leben sichern und ihre Zukunft aufbauen können. Eine Chance für alle Generationen. Dazu rechnen wir Zukunft durch innovationsorientierte Arbeitsplätze, die Ent-

„Es geht um bessere Existenzbedingungen für junge Menschen, Familien und Kinder.“

wicklung von Wissenschaft und Forschung als Voraussetzung für innovative Wirtschaftszweige, eine solide Bildungslandschaft, die berufliche Erstausbildung eingeschlossen, eine selbstbewusste Entwicklung des ländlichen Raumes mit seinen spezifischen Vorzügen und Potenzen, ein breites kulturelles Angebot und eine verlässliche medizinische Versorgung, soziale Prävention und Beratung, die Sicherung von Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge, auch durch eine bessere Finanzausstattung der Kommunen.

Stopp dem Sozialabbau

Es gibt Alternativen und wir werden sie einfordern und auch selbst etwas dafür tun: In diesen Dingen wird in der nächsten Zeit von uns zu hören sein. Mit dem Schlachtruf „Vorwärts, wir müssen zurück“ ist Zukunftsfähigkeit nicht zu erreichen. Die Blauäugigkeit, mit der die Regierung auf Selbstheilungskräfte der Wirtschaft hofft, wird der Teufelskreis nicht aufgehalten werden können. Für die Rahmenbedingungen ist die Politik verantwortlich. Natürlich nicht nur die in Sachsen-Anhalt, aber auch die. Neue Ideen sind ebenso notwendig wie ein Stoppzeichen gegen den andauernden Sozialabbau. Wir stellen uns dieser Aufgabe. Hier in Sachsen-Anhalt genauso wie Anfang April auf dem Aktionstag gegen Sozialabbau in Berlin.

Dr. Rosemarie Hein ist Landesvorsitzende der PDS Sachsen-Anhalt.

KOLUMNE

Alternativen sind möglich!Seite 2

SEITE 3

Wählst Du noch, oder lebst Du schon?Seite 3

INTERVIEW

Gespräch mit Anne Neumann und Ingo Töpfer vom STURA HalleSeite 4

THEMEN

Das Volksbegehren – in jedem Fall ein ErfolgSeite 6

Gespräch mit Heidrun Tannenberg (PDS) über aktuelle Gleichstellungspolitik .Seite 7

Für eine glaubwürdige WissenschaftspolitikSeite 8

„Europa hat und geholfen und sonst niemand“Seite 9

Zwischenruf aus dem Bundestag . . .Seite 9

REGIONALES

Bürgerbegehren in Dessau erfolgreichSeite 10

Für eine starke Nordharz-Region mitten in EuropaSeite 10

Die Leichtathleten haben erkannt, dass es gemeinsam besser geht . . .Seite 11

„Frieden braucht nicht nur Mut, sondern auch Dich“Seite 11

Soziale Gerechtigkeit auch Maßstab für KommunalpolitikSeite 12

MEINUNG

Die Integration der europäischen Linken und die KCSCMSeite 13

DOKUMENTIERT

Berliner Aufruf zur Gründung der Partei der Europäischen Linken . . .Seite 14

BRIEFE AUS DEM LANDTAG

Mensch Ete, altet HausSeite 15

TermineSeite 12

LeserbriefSeite 15

ImpressumSeite 15

LandesgartenschauSeite 16

Kontakt

PDS-Landesvorstand Sachsen-Anhalt
Redaktion klartext
Ebendorfer Straße 3
39108 Magdeburg

Tel.: 03 91/7 32 48 40
Fax: 03 91/7 32 48 48
landesvorstand@pds-sachsen-anhalt.de
www.pds-sachsen-anhalt.de

Wählst Du noch, oder lebst Du schon?

von Roland Claus

Immer wieder freitags, auf dem Weg vom wirklichen Leben zu einem unserer zahlreichen Parteitage, empfinde ich die vielen freundlichen „Schönes-Wochenende-Grüße“ der nichts ahnenden Bevölkerung besonders ironisch. So auch in Berlin, wo es besonders viele grüßende Nichtsahner gibt.

Die Sorgenfalte war dann auch das Erkennungszeichen fast aller Delegierten. Plattformen in Sorge trafen Reformer in Sorge und Vorständler in Sorge. Der Vorsitzende hatte die ruhige Hand angelegt, aber er hat einen Vorschlag gemacht. Einige junge Delegierte und Gäste waren anfangs noch unbotmäßig fröhlich, aber die Zorn- und Protestblicke der vereinigten Linken brachten sie zur Ordnung. Und so nahm der Parteitag seinen Lauf.

Für die Sorgen gab es gute Gründe. Schließlich ist der Unmut im Lande über die Regierungspolitik zu Recht angewachsen. Die großen Hoffnungen der Demonstration von Anfang November kamen oft zur Sprache. Aber wir spürten auch, dass die Wähler der Linken nicht brauchen, um auf Schröder sauer zu sein.

Die PDS hat sich in ganz dünnen Scheiben seit dem Sommer 2003 konsolidiert und bei allen Umfrageanstalten wieder fünf Prozent erreicht. Umfragen sind Mumpitz und nicht sicher, sagen wir alle, aber alle schauen wir auch hin. So hatten wir beim Europaparteitag öffentlich nicht viel zu gewinnen, aber verlieren hätten wir eine Menge können. Und man sage jetzt nicht, dass das nicht auch probiert wurde.



Das meist gehörte Fazit von Delegierten nach dem Wahlmarathon von Berlin war dann: „Sei froh, es hätte schlimmer kommen können.“ Das ist mir nun doch zu selbstgenügsam. Jetzt haben wir ein Wahlprogramm und eine Liste. Selten waren André Brie und Sahra Wagenknecht so vereint wie auf dieser Liste. Und wir haben den schönen Satz von Lothar Bisky, wonach der Pluralismus in der PDS nicht außerhalb des Programms beginnt.

Wir haben es also geschafft.

Es liegt nahe, dass wir jetzt den Parteitag abhaken und zur Tagesordnung des politischen Lebens übergehen. Da sind wir auch schon dabei. Und doch sollten wir die gewonnenen Erkenntnisse über den Zustand der PDS nicht verdrängen. Ein Parteitag hat etwas von einem Röntgenbild, er verrät einiges über die innere Beschaffenheit des zentralen Organs. Wer sich dieser Erkenntnisse bedient, sollte nicht gleich als rechthaberischer Kritikaster verdammt werden. Ich renne schließlich auch nicht durch die Partei und stelle die inquisitorische Frage, ob denn ja die Parteitagsbeschlüsse akzeptiert werden. So viel Gera muss nicht wieder sein.

Meine kritische Analyse in knappen Thesen, daher (wie gewohnt) stark angriffsgefährdet:

(1) *Die PDS ist noch immer strategisch unentschieden.* Klar, dass die Zeiten Protest erfordern, aber nicht wegen uns hat Schröder den Vorsitz geschmissen. PDS muss auch künftig Widerstand und gestaltende Alternativen vereinen.

In Berlin blieb eine entscheidende Frage offen: Wie viel Protest, wie viel Gestaltung; und wie kommt beides verabredet zusammen? Oder: Wie viel Bertinotti, wie viel Lafontaine? Dieser Entscheidung dürfen wir nicht mehr ausweichen.

(2) *Wir haben ein energisches PRO-europäisches NEIN zelebriert.* Politik machen wir aber nicht nur für promovierte Dialektiker (die immer genau prüfen, bevor sie genau NEIN sagen). Es gibt in der Tat gute Gründe, den Entwurf für eine europäische Verfassung und die gegenwärtig dominierende Politik in Europa abzulehnen. Das könnte ich, obwohl ich im Verfassungsentwurf mehr zustimmungsfähige als ablehnungswürdige Elemente sehe, leichter akzeptieren, wenn die befürwortende Minderheit in der PDS nicht diskriminiert würde. Letzteres merken auch die Wähler. Verdächtig macht sich bei uns, wer an Europa auch nur ein gutes Haar lässt. Es ist aber nicht alles von Übel, was nach Selbstverwirklichung, Leistung und Lebensfreude ruft. Gewiss, wir werden und wollen nicht alle erreichen, aber wir sollen das anzusprechende gesellschaftliche Spektrum nicht selbst verengen. Viele unserer Analysen und Prognosen des

Elends stimmen am Alex, am Potsdamer Platz stimmen sie nicht.

(3) *„Wenn die Linie klar ist, entscheiden die Kader alles.“* Die personellen Entscheidungen des Parteitages sind Ausdruck unserer vielseitigen und hoch entwickelten Unentschlossenheit. Damit kann ich gut leben. Der Urvater der PDS-Reformpolitik André Brie erhält 80 Prozent Zustimmung, der Neureformer Benjamin Hoff nur 30. Sahra Wagenknecht setzt sich auf Platz fünf klar durch. Sie und viele andere wissen, dass jetzt ein gut Teil der PDS-Politik öffentlich über Sahra Wagenknecht wahrgenommen wird. Ich beklage das nicht, hoffe aber darauf, dass hier ein produktives mediales Miteinander betrieben wird. Das heißt auch, dass Sahra nicht als Kronzeugin gegen die PDS zu gebrauchen ist.

Besonders sympathisch sind mir die jungen Bewerber, meist auf der so genannten Ersatzliste zu finden. Dass wir junge Leute wie Jan Korte aus Hannover und Sascha Wagener aus Luxemburg nicht verprellt haben, spricht für sie und ein bisschen für uns.

(4) *Der Parteitag markiert einen kulturellen Rückschritt.* Das geht mir besonders nahe, zumal das so schwer zu erklären ist. Da sagt der Bauch dem Kopf, dass da was nicht stimmt. Dennoch dürfte uns nicht entgangen sein, mit wie wenig Humor dieser Parteitag abging. (Bitte jetzt nicht die netten Wahl-Pausen-Gesänge als Humor ausgeben!) Wenn einer Partei das Lachen im Halse stecken bleibt, ist es meistens um ihren geistigen Bestand nicht so gut bestellt. „Lach, wenn’s zum Weinen nicht reicht!“, sagte Eulenspiegel. Ich will mich nicht an das Niveau der Hamburger Delegierten gewöhnen, aber noch drei bis vier Parteitage und ich fürchte, wir haben uns daran gewöhnt. Es spricht auch nicht für das Kulturniveau eines Parteitages, wenn ein Übermaß an Taktik zu einer gewissen Verlogenheit führt. Ein hartes Wort, aber wohl doch nicht frei erfunden.

Der optimistische Schluss: Wenn wir nicht zu ängstlich sind und die Lehren des Parteitages kritisch annehmen, haben wir alle Chancen Europas die eigenen Wahlziele zu erreichen. Dabei dürfen Sozialismus und lebensbejahender Optimismus durchaus zusammenkommen.

Dann hat sich auch die Rennerei zu den Wahlurnen im Berliner ICC gelohnt, als wir die Wahlmüden mit der Frage ermunterten: Wählst Du noch, oder lebst Du schon?

Roland Claus war auf dem Europa-Parteitag der PDS Delegierter aus Sachsen-Anhalt und ist Koordinator der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der PDS.

„Sie haben keine Ahnung von Demokratie, Sie verstehen nicht, was das ist.“

Interview mit Anne Neumann und Ingo Töpfer vom STURA der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg

Was treibt die Studierenden auf die Straße, was waren Auslöser, was sind eigentlich weiter gehende Motive?

Anne: Auslöser ist der neue Entwurf des Hochschulgesetzes, den Kultusminister Olbertz vorgelegt hat: Einführung von Studiengebühren von 500 Euro pro Semester für Langzeitstudenten und für das Zweitstudium, Einführung von Gebühren für Hochschuleinrichtungen, Entdemokratisierung der Universität. Studenten, die am Ende ihres Studiums sind und die Prüfungen machen, haben keine Zeit, arbeiten zu gehen. Außerdem hat das Land zu der Zeit schon viele Mittel in diese Studenten hineingesteckt, und dann zwingt man sie zum Abbruch. Ist das sinnvoll? Gebühren für Hochschuleinrichtungen – es ist unklar, wofür die erhoben werden sollen, für Bibliotheken, Laboratorien, Praktika? Naturwissenschaftliche Studiengängen, die eine sehr hohe Labornutzung haben, sollen dann wohl mehr Gebühren zahlen? Es gibt dann teure Studiengänge und nicht so teure. Das Studium ist dann weiter abhängig vom Einkommen der Eltern.

Ingo: Die Hochschulstrukturplanung des Kultusministeriums wurde von uns von Anfang an kritisiert, vor allem die Ermächtigung des Kultusministeriums, Studiengänge zu eröffnen, zu schließen oder zu verlegen. Es fing an mit einer Demonstration Anfang November und ging dann bis zur Streikwoche vom 8. bis 12. Dezember. Da haben wir bewusst Freiraum geschaffen, um uns zu informieren und zu beraten, um Gegenkonzepte zu entwickeln, auch mit Hilfe des Senats. Unser Auftreten in der Senatssitzung, wo das Strukturpapier „Martin-Luther-Universität 2012“ beschlossen wurde, wo die Universität eine eigene Planung vorgelegt hat, so wie es der Minister forderte, wo wir aber auch unsere Stimme als Studenten eingebracht haben, ist bekannt.

Wie sieht Ihr Eure Proteste im Rahmen der bundesweiten Entwicklungen an den Hochschulen?

Ingo: Natürlich hat es uns gefreut, vor München und Berlin in den Tagesthemen genannt zu werden. Es ist ja nicht nur ein Phänomen in Sachsen-Anhalt, dass an der Uni gekürzt wird, es ist ein bundesweites, ein europaweites Phänomen. Zwei Stichworte dazu: GATS und Bologna. Innerhalb dieser Prozesse wird massiv versucht, Bildung als Ware zu sehen, Bildung als ein zu verkaufendes Gut an den Konsumenten zu bringen und damit den, der Bildung erfahren will, zum Konsumenten zu degradieren.

Ist der Streik von der Mehrheit der Studierenden genutzt worden, um über die Hochschul-

strukturen zu diskutieren oder war der eher eine Sache von Minderheiten?

Anne: Die meisten hat das interessiert, sie haben das auch genutzt, nicht immer die ganze Woche über. Aber so, wie das dann in den Diskussionen, den Vorlesungen, den Seminaren deutlich wurde, haben sich viele an den Workshops beteiligt. Und die Dozenten haben das auch unterstützt.

Ingo: Wie viele nun wirklich mitgemacht haben, lässt sich in Zahlen nicht genau ausdrücken. Wir haben allein vom Arbeitskreis Protest über 200 Veranstaltungen in fünf

Ansichten wie wir. Und ich habe auch bei den Professoren in meinem Institut wahrgenommen, dass sie die Proteste unterstützen und mit uns reden.

Einer der zentralen Forderungen lautet, die Studierenden wollen mitbestimmen, wie es an ihren Einrichtungen weitergeht. Was erwartet Ihr da?

Anne: Professor Olbertz war bei uns im Studierendenrat und hat mit uns über das neue Hochschulgesetz diskutiert und sich unsere Meinung angehört, hat unsere Fragen beant-



Tagen organisiert. Das Interesse war rege. Die Demonstration am 10. Dezember 2003 war die größte Demo in Halle seit der Wende, das waren zwischen 8.000 und 10.000 Leute. Da kann man von einer breiten Akzeptanz reden.

Wie sieht ihr die Rolle der Professoren und vor allem der? Seht Ihr Gemeinsamkeiten oder gibt es da auch Differenzen, die tiefer liegen?

Ingo: Es gibt natürlich einen Konflikt zwischen Studierenden und Unileitung bzw. Professoren. Der ist allein darin begründet, dass die Professoren eine bestimmte Stellung innerhalb der Universität haben. In der letzten Zeit ist aber immer deutlicher geworden, die Unileitung steht hinter den Protesten der Studierenden und die stehen auch hinter den Entscheidungen bzw. dem Strukturpapier der Unileitung.

Anne: Mein Eindruck ist, der Rektor und die Studierenden sind nicht weit auseinander. Wir waren als Stura im Herbst beim Rektor und haben mit ihm über den Entwurf des Hochschulgesetzes geredet. Er hatte ähnliche

wortet. Aber das reicht nicht. Wir dürfen unsere Meinung sagen, aber wir dürfen keine Vorschläge einbringen. Wir haben keine Chance, mit den entsprechenden Leuten zu diskutieren.

Ingo: Das ist lediglich das rote Häkchen in irgendeinem Ablaufplan. Die Studierenden haben ihre Meinung gesagt, das war's und damit Tschüss. Im Landtag in der Anhörung beim Bildungsausschuss habe ich den Vorschlag gemacht, jede Hochschule soll selbst entscheiden, ob sie ein Konzil haben möchte oder nicht. Das soll ja per Gesetz abgeschafft werden, das wäre die Auflösung eines demokratisch gewählten Organs. Das kann ich nicht hinnehmen. Wenn eine Hochschule kein Konzil mehr haben will, dann möchte bitte dieses Konzil den Beschluss zur Auflösung selbst herbeiführen. Es kann nicht sein, dass es per Gesetz aufgelöst wird.

Anne: Als Professor Olbertz im Januar bei uns war und wir dieses Thema angesprochen haben – Studenten sind die Mehrheit an der Uni – ja, da hat er uns vorgeworfen, dass wir keine Ahnung von Demokratie hätten, ein

total falsches Demokratieverständnis. Er hat uns erklärt, es gehe dabei um Verantwortung, und die Studenten kann er nicht zur Verantwortung ziehen, die Professoren schon. Und es muss halt jemanden geben, der entscheidet, den er dann auch im Nachhinein fragen und verantwortlich machen kann. Das hat für mich nichts mit Demokratie zu tun. Ich war regelrecht verblüfft, als er zu mir meinte: „Na, Sie haben keine Ahnung von Demokratie, Sie verstehen nicht, was das ist.“



Reizwort Studiengebühren. Befürworter sagen, es trifft ja wirklich nur die Langzeitstudierenden ...

Anne: Die Regelstudienzeit ist oft nicht einhaltbar. Man möchte mit den Langzeitstudiengebühren die Studenten dazu bringen, diese einzuhalten. Aber wir haben zu viele Erstsemester, und z.B. in Pädagogik können die Pflichtseminare von zwei Dritteln der Studenten nicht besucht werden, da können sie ihre Regelstudienzeit gar nicht einhalten. Das Land verlangt Regelstudienzeit, aber die Uni kann das nicht bieten.

Trotzdem – sind Studiengebühren Tabuthema oder ist das diskutierbar?

Anne: Also geredet wird da schon. Was passiert mit dem Geld? Studiengebühren für die Verbesserung von Forschung und Lehre – das wäre noch ein Grund, wo man sagen könnte, na gut, das verstehe ich wenigstens. Aber dann gibt es Probleme für sozial schwächere Studenten. Wenn ich jetzt Studiengebühren einführe, egal ob allgemein oder als Langzeitstudiengebühr, führt das dazu, dass Studium und Bildung abhängig sind vom Geld, unabhängig vom Intellekt. Das will ich nicht, jeder sollte die Chance haben.

Ingo: Wir leben ja nicht auf einer einsamen Insel, rings um uns herum werden Studiengebühren eingeführt. Was wird aber mit der Einführung der Langzeitstudiengebühren erreicht? Entweder ich kaufe mich frei, damit ich weiter studieren kann und den Studentenstatus behalte. Oder ich muss mein Studium ohne Abschluss abrechnen. Und dann? Ich

habe einen hochqualifizierten Sozialhilfempfeänger ohne Abschluss.

Das sind genau die Argumente von CDU und FDP in Richtung allgemeine Studiengebühren. Das Geld soll direkt dem Universitätshaushalt zugeführt werden. Zudem – die Studierenden sind dann sozusagen Kunden der Hochschule und können ganz anders auftreten ...

Ingo: Wem das Geld zugute kommt, ist kaum zu überblicken. Wenn es um Mittelzuweisung geht, fragt der Finanzminister, Moment mal, wo haben denn die noch Einnahmequellen? Das wird dann alles addiert und dann werden die Mittelzuweisungen vom Land gekürzt, genau um diesen Betrag. Dann sind die Studiengebühren natürlich an der Uni geblieben, aber die Mittelzuweisungen sind um diesen Betrag gekürzt worden.

Zum anderen – der Student soll also Kunde der Universität werden. Das sagt auch mein Ökonomeprofessor Pohl, Präsident des Institutes für Wirtschaftsforschung Halle. Die Studenten werden Kunden, so sagt er und können bestimmen, wo es hin geht. Ehrlich gesagt, als Student habe ich nicht gleich die Möglichkeit zu sagen, bei wem ich Vorlesungen und Seminare besuchen will.

Anne: Als Kunde der Universität, so wie in Amerika, kann ich vom Professor verlangen, dass ich seine Handynummer kriege, einmal im Semester ein persönliches Gespräch habe über meine Zukunft und meine Forschungsvorstellungen von mindestens einer Stunde usw.. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das bei unserem geringen Anteil von Dozenten und Professoren möglich ist. Außerdem kann ich dann verlangen, dass fünf Studenten auf einen Professor kommen, der soll ja für mich auch Zeit haben.

Blieben wir beim Geld. Wie stellt Ihr euch eine sinnvolle Finanzierung von Bildung vor?

Ingo: Ich sehe das Problem darin, eine vernünftige Finanzierung durch das Land, ein wirksames Stipendiensystem einzuführen. Das wäre Voraussetzung für die Einführung von Studiengebühren. Wo soll Geld für ein Stipendiensystem herkommen? Das wäre zum Beispiel der Part der Industrie, die ja sehr interessiert ist an gut ausgebildeten Absolventen. In anderen Ländern leisten Absolventen von Hochschulen und Universitäten aktiv ihren Beitrag, damit diese finanziert werden können. Auch ein Weg. Und von der öffentlichen Hand müssen Finanzmittel für ein Stipendiensystem bereitgestellt werden. Das Bafög-System ist grundlegend zu reformieren. Ich bin über das Bafög-Alter hinaus, habe kein Nebeneinkommen, meine Eltern kann ich auch nicht mehr angehen. Soll ich da noch Studiengebühren bezahlen, wäre das für mich praktisch unmöglich. Die Universität muss außerdem die Möglichkeit haben, leis-

tungsfähige Hochschullehrer und Professoren zu holen, die das Zeug haben, nicht nur gute Forscher zu sein, die auch vermitteln können. Da klemmt es an der Uni in Halle.

Anne: Förderung der Hochschulen ist immer auch Förderung der Wirtschaft. Die Kürzungen an den Hochschulen werden sich langfristig negativ auf das Land auswirken. Es würde besser fahren, wenn es die Hochschulen finanziell fördert, weil das auch die Wirtschaft befördert. Unsere Professoren sind nicht schlecht, zumindest in meinem Fachbereich, in der englischsprachigen, der amerikanischen Literatur werden sie zitiert mit ihren Ergebnissen. Aber die Forschungsmöglichkeiten in Deutschland sind nicht sonderlich gut, hier ist vieles zu kleinkariert.

Gibt es unter den Studierenden verschiedener Universitäten und Hochschulen Rivalitäten? Beispiel: Magdeburg soll die Musik loswerden, Magdeburg soll die Lehrerausbildung loswerden.

Anne: Da gibt's keine Rivalitäten. Im Entwurf des Hochschulgesetzes steht, dass der Kultusminister die Entscheidung treffen kann, und da liegt das Problem. Ich fände es viel besser, wenn Magdeburg und Halle sich selbst aussuchen, welche Fachbereiche sie behalten und wo sie sich spezialisieren möchten.

Ingo: Ich sehe keine vernünftige Argumentation, die Lehrerbildung in Halle zu konzentrieren. Mit welchen Effizienzkriterien belegt der Minister das? Die Hochschulstrukturplanung geht u.a. auf den so genannten Benz-Bericht zurück. Das ist eine Kommission, die die Hochschullandschaft untersucht und entsprechende Vorschläge zu ihrer Gestaltung unterbreitet hat. Dort steht z.B. explizit drin, dass das Ministerium angeregt hat, die Lehrerbildung in Halle zu konzentrieren. Die Benz-Kommission an sich steht dem eher kritisch gegenüber. Also ist das eine persönliche Entscheidung von Herrn Olbertz? Der Fachbereich wird nicht erweitert, es werden einfach nur die Studenten nach Halle geholt. Es wird nicht mehr Personal eingestellt, es wird abgebaut. Das passt nicht zueinander. Was soll das werden, wenn die Studenten aus Magdeburg hergeholt werden? Das ist doch völliger Blödsinn.

Und wenn die Pläne, so wie sie jetzt auf dem Tisch liegen, durchgesetzt werden?

Ingo: Also dann muss ich ehrlich sagen, gibt es wirklich nicht mehr viele Argumente, in Sachsen-Anhalt zu studieren.

Schlussfrage: Wie wünscht Ihr Euch die Universität von morgen?

Ingo: Ich stelle mir die Uni in Zukunft so vor, dass ich mich als Schulabgänger mit dem Abitur in der Tasche vorher auf mein Studium vorbereiten kann. Dann gibt es da die Zentra-

le Vergabestelle (ZVS) für Studienplätze. Die Vergabepaxis der ZVS ist für mich seit Jahr und Tag kritikwürdig. Ich möchte mir aus-suchen können, an welcher Uni oder Hoch-schule und was ich studieren will. Dann

auch eine Grundvoraussetzung, dass ich meine Regelstudienzeit einhalten kann. Es geht um persönliche Betreuung eines jeden Studierenden. Ich will nicht, dass jeder seine Amme kriegt, das mit Sicherheit nicht.



möchte ich die Möglichkeit haben, mit meinen Professoren, die mich betreuen, deren Vorlesungen, deren Seminare ich besuche, einfach reden zu können, wenn ich Probleme habe. Ich kenne das noch aus DDR-Zeiten, dort gab es Seminargruppen, die wichtig waren für den einzelnen Studenten, der Probleme beim Lernen und Studieren hatte. Dass muss man nicht alles wegschieben. Das ist

Anne: Wenn ich mich noch mal immatrikulieren würde, würde ich wissen wollen, dass ich die Regelstudienzeit einhalten, dass ich mir das Studium leisten, dass ich mich auf mein Studium konzentrieren kann und mich nicht noch nebenbei um meine Finanzen so sehr sorgen muss, dass ich mein Studium vernachlässige. Dass ich mich an der Forschung beteiligen kann, dass ich direkt vom Profes-

sor lernen und bei ihm mitarbeiten kann. Dass ich auch einen persönlichen Kontakt zu den Professoren habe. Und dass für mich die Hochschule auch die Möglichkeit bietet, die Rätsel der Welt zu ergründen.

Ingo: Genau das möchte ich als Student einer Universität haben, eine universelle Ausbildung. Ich möchte nicht auf ein Fach zugeschnitten werden, wie das mit dem Bachelor-Master-System versucht wird. Selbstverständlich ist es für mich als künftigem Absolventen, als künftigem Wissenschaftler und Forscher extrem wichtig, mehr in die Breite gehen zu können, ohne mich vorher auf alles festlegen zu müssen.

Herzlichen Dank für das Gespräch.

Das Gespräch führten Dr. Thomas Drzisga und Matthias Gärtner.

Anne Neumann studiert im fünften Semester Diplompsychologie und ist Allgemeine Sprecherin des STURA der Martin-Luther-Universität.

Ingo Töpfer ist im vierten Semester Student der Volkswirtschaftslehre und Sprecher des Arbeitskreises PROTEST beim STURA der Martin-Luther-Universität.

Das Volksbegehren gegen das Kinderförderungsgesetz – in jedem Fall ein Erfolg

von Eva von Angern

Das Volksbegehren gegen das seit März 2003 geltende Kinderförderungsgesetz ist am 12. Februar 2004 zu Ende gegangen. Eine kurze Rückschau: Die CDU/FDP-Landesregierung hatte 2002 die Landtagswahlen gewonnen und versprochen, dass es zu keinen Verschlechterungen in der Kinderbetreuung kommen würde. Ein halbes Jahr später lag bereits ein erster Entwurf für ein neues Gesetz in der Kinderbetreuung vor. Danach sollten Kinder im Alter von null bis drei Jahren erwerbsloser Eltern von der Kinderbetreuung ausgeschlossen werden. Mit Hilfe und den Stimmen der SPD kam es zu einer Änderung, wodurch ca. 43 Millionen Euro im Landeshaushalt gespart werden konnten. Nunmehr sind Kinder von null bis sechs Jahren betroffen. Bei Erwerbslosigkeit der Eltern haben all diese Kinder nur fünf Stunden am Tag oder 25 Stunden in der Woche Anspruch auf Betreuung und Förderung. Es war ein glatter Hohn, dieses Gesetz auch noch „Kinderförderungsgesetz“ zu nennen.

Seit In-Kraft-Treten des Gesetzes werden nun Kinder aufgrund des Erwerbsstatus ihrer Eltern teilweise von der Kinderbetreuung ausgegrenzt, Erzieherinnen wurden entlassen oder auf bis zu 18 Wochenstunden in ihrer Arbeitszeit heruntersetzt. Die verbleibenden Erzieherinnen müssen den Kindern erklären, warum sie eingeteilt werden in Ganztagskinder und in Zwangs-Halbtagskinder, was es bedeutet, in

einer Zwei-Klassengesellschaft zu leben. Kinder aus sozial schwachen Familien werden dementsprechend doppelt bestraft: durch die soziale Lage ihrer Familie und die teilweise Ausgrenzung von der Kinderbetreuung.

Doch diese Ungerechtigkeit, die nun schon bei Kindern herrscht, wollen sich viele Sachsen-Anhalter nicht gefallen lassen. Nach den Zählungen des Bündnisses „Für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt“, die eine hohe logistische Herausforderung waren, haben 275.314 Wahlberechtigte das Volksbegehren mit ihrer Unterschrift unterstützt. Natürlich aber wird das Innenministerium erneut prüfen. Diese Menschen gaben ihre Unterschrift für einen Gesetzentwurf, der das alte Kinderbetreuungsgesetz ergänzt um einen ausführlichen Bildungsauftrag wieder etablieren soll. Sie zeigten mit ihrer Unterschrift der Landesregierung und der SPD ein deutliches STOPP-Zeichen. Sparen ja, aber nicht auf Kosten der Schwächsten! Denn der Satz, man müsse im Interesse der kommenden Generationen sparen, läuft ins Leere, wenn gerade diese Generationen weggelassen werden.

Daher geht auch mein ausdrücklicher Dank an all jene, die genau dieser Politik etwas entgegenzusetzen haben. Dank an alle, die ihre Unterschrift abgegeben haben, die unermüdlich auf die unterschiedlichste Art und Weise Unterschriften gesammelt haben. Das Volks-

begehren konnte nur aufgrund dieser breiten Basis erfolgreich sein. Die betroffenen Eltern oder PDS-Mitglieder allein hätten nicht ausgereicht. Es haben Eltern, Großeltern, Tanten, Onkel, Omas, Opas, Erzieherinnen und viele andere Menschen unterschrieben. Das sind Menschen, die sich dafür einsetzen, dass Kinder nicht als reiner Kostenfaktor gesehen werden, sondern als das, was sie tatsächlich sind: die Zukunft.

Diese Menschen hat auch die Aussage des Ministerpräsidenten nicht abgeschreckt, dass sie alle einem Gruppenegoismus unterliegen. Das Einsetzen für die Rechte von Kindern ist kein Gruppenegoismus, es ist eine Lobbyarbeit für das Fundament einer Gesellschaft, ohne das keine Zukunft möglich ist.

Mit einem Erfolg des Volksbegehrens verbinde ich persönlich die Hoffnung, dass in Zukunft keine Partei – egal welcher Ausrichtung – den Ganztagsanspruch in der Kinderbetreuung antastet. Der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsanspruch in der Kinderbetreuung in Sachsen-Anhalt soll ein Aushängeschild für Sachsen-Anhalt sein und bundesweit zum Nachahmen anregen.

Eva von Angern ist kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion der PDS und Stadtvorsitzende der PDS Magdeburg.

„Voraus ins Mittelalter“

Interview mit Heidrun Tannenberg (PDS) vom Frauenpolitischen Runden Tisch Halle

Wie ist der Gleichstellungsausschuss entstanden und welche Aufgaben definiert ihr für euch?



Nach jeder Kommunalwahl bildet der Stadtrat seine Ausschüsse und regelt die Aufgaben in einer Zuständigkeitsordnung. Der Gleichstellungsausschuss beschäftigt sich mit der Situation von Frauen und Männern, d.h. welche Auswirkungen haben bestimmte Maßnahmen auf die Geschlechter.

Auf den ersten Blick hat die teilweise Abschaltung der Straßenbeleuchtung nichts mit Gleichstellung zu tun. Wenn es in Halle „zappenduster“ wird, kann sich ein unterschiedliches Sicherheitsbedürfnis bei Frauen und Männern entwickeln. Darauf muss reagiert werden. Unser „Klassiker“ ist natürlich das Frauennachtstaxi!

Weitere Arbeitsbereiche sind die Lebens- und Wohnsituation von Migrantinnen, sowie das weite Feld der gleichgeschlechtlichen Lebensweise. Wir pflegen eine gute Zusammenarbeit mit den Vereinen, dem Ausländerbeirat und dem Frauenpolitischen Runden Tisch. Übrigens, im Land Sachsen-Anhalt ist Halle die einzige Kommune, die einen Gleichstellungsausschuss gebildet hat.

Wie sind die verschiedenen Frauenkommunikationszentren in Halle entstanden?

In Halle leben rund 106.800 Frauen über 18 Jahre, davon etwa 35.500 zwischen 45 und 65 Jahren. Schon diese Segmentierung kann ein Zentrum allein nicht auffangen.

Die Frauenzentren sind ja nicht von oben installiert worden, sondern sie haben sich nach Bedarf durch das Engagement verschiedener Frauen entwickelt. Die Weibewirtschaft, vom DornRosa e.V. getragen, verbindet soziokulturellen und politischen Anspruch. Das Zentrum gibt auch Raum für unterschiedliche Lebensweisen, veranstaltet

die jährlichen Frauenkulturtag. Der Courage e.V. hat sich im Schwerpunkt mit Frauenforschung beschäftigt. Die erarbeiteten Stadt-

rundgänge thematisierten den Anteil von Frauen in der Entwicklung der Stadt Halle. Mit dem Projekt „Reiseseminar Frauenorte“ agierten die Frauen in verschiedenen Regionen über Sachsen-Anhalt hinaus. Das Zentrum im Bürgerhaus des Humanistischen Regionalverbandes Halle/Saalkreis unterbreitete Frauen unterschiedlichen Alters Angebote, von Mädchenarbeit bis zu Bildungs- und Kreativkursen.

Die Haushaltskürzungen haben auch vor diesem Bereich nicht halt gemacht. Im September 2003 erreichten die Vereine Bescheide, über die weitgehende Streichung und Neuausschreibung der Mittel. Wie ist darauf reagiert worden?

Die einzelnen Vereine haben ihre Konzepte eingereicht und Öffentlichkeitsarbeit zu ihrer Situation initiiert. Die Gleichstellungsbeauftragte und der Gleichstellungsausschuss haben sich an den Minister für Gesundheit und Soziales Gerry Kley gewandt. Mit Verweis auf die vielfältigen Bedürfnisse, die dem ehemaligen Stadtrat von Halle bekannt sein dürften, haben wir gegen die einseitigen Kürzungen protestiert. Auf unseren Brief vom 4. Dezember des vergangenen Jahres hat Herr Kley bis heute nicht geantwortet.

Welche Auswirkungen haben die Kürzungen der Fördermittel für die Kommunikationszentren? Nach der Ausschreibung wird nur noch das FZ „Weibewirtschaft“ finanziell unterstützt.

Wenn das Ministerium in jeder kreisfreien Stadt oder jedem Landkreis die Förderung für nur ein Zentrum gewährt, wird die Vielfalt der

Bedürfnisse unterbelichtet. Die Streichung der Mittel hat Entlassungen zur Folge und dies kommt dem Wegfall der Angebote gleich. Mit den neuen Bestimmungen der Agentur für Arbeit für ABM ist es nicht einmal möglich, weiterhin im notwendigen Maße ehrenamtlich für die Projekte zu wirken. Dazu läuft der jetzige Bescheid für die „Weibewirtschaft“ nur über ein Vierteljahr. Momentan ist eine Haushaltssperre durch das Ministerium für Finanzen verhängt, so dass niemand einschätzen kann, wie oder ob es weiter geht.

Die Haushaltssperre betrifft eine Reihe von Vereinen und Verbänden über die Fraueninitiativen hinaus. Im Gegensatz zu einer öffentlichen Erklärung der Landesregierung, ist die Sperrung ein Vorgang, der eine Intervention sowie Verhandlungsbemühungen zu drohenden Streichungen unmöglich macht.

Genau dies fällt weg. Die Haushaltssperre für eigentlich bereits bewilligte Mittel, wäre eine Möglichkeit für die Landesregierung, die Vereine und Verbände stillschweigend doch noch zu beerdigen.

Aus welcher Situation entstehen spezielle Angebote für und von Frauen?

Wir leben in einer männlich dominierten Gesellschaft, die strukturelle Benachteiligungen von Frauen parat hält, die nicht immer vordergründig zu sehen sind. Ich erinnere nur an die niedrigere Bezahlung in frauentypischen Berufen oder die Verschlechterung der Betreuungsangebote für Kinder und Eltern. Auch wenn heute für Frauen alles möglich ist, selbstverständlich wird es damit noch nicht.

... zum Beispiel der Zugang von Frauen zum öffentlich-politischen Bereich?

Noch ist es nicht selbstverständlich, dass Frauen dort die gleichen Bedingungen haben. Nicht ohne Grund ist die Strategie des Gender Mainstreaming, mit dem Ziel, den Aspekt der Chancengleichheit von Frauen und Männern in allen Politikbereichen auf allen Ebenen einzubinden, auch offizielles Instrument der Landesregierung geworden. Ein aktuelles Beispiel ist die Vorbereitung der Kommunalwahl. Bei den meisten Parteien werden die Wahllisten sicher sehr „dynamisch-männlich“ aussehen.

Die PDS hat ja die Quotierung der Wahllisten. Dann kommt ein anderes Problem hinzu, nämlich dass wenige Frauen kandidieren.

Wenn sich die Vorstände und Wahlbüros erst mit diesen Fragen beschäftigen, wenn es akut wird, kann es auch mal schief gehen mit der Quotierung! Es setzt sich nicht von alleine durch. Die Quotierung ist nur durchgesetzt

worden, wenn Frauen da waren, die dafür gekämpft haben.

Aus aktuellem Anlass: Was ist zum 8. März, dem Frauentag, in Halle geplant?

Es gibt traditionsgemäß eine Veranstaltung von DGB, Frauenpolitischem Runden Tisch, Gleichstellungsbeauftragter und anderen Vereinen. Dazu findet im Stadthaus unter dem Motto „Gleichstellung umsetzen“ ab 14.00 Uhr ein Empfang mit abschließendem Konzert mit Gisela Steineckert und Veronika Fischer statt.

Als politische Intervention gestalten die Frauen des Frauenpolitischen Runden Tisches ebenfalls traditionell eine öffentliche Aktion auf dem Marktplatz. Unter dem Slogan „Vor aus ins Mittelalter – Der Regierung aufs Maul geschaut“ thematisieren wir die Auswirkungen der Gesundheitsreform. Als Marketenderinnen bieten wir ab 13.00 Uhr unter anderem Tipps zur Selbstheilung an. In einer „Frustkiste“ können Passantinnen und Passanten ihre Kritik an den jetzigen Reformen loswerden, die wir an den Bundeskanzler Herrn Schröder und die Gesundheitsministerin Frau Schmidt weiterleiten. Daneben gibt es noch

Hinweise zur Gründung einer „Ultimativen Ich-AG“. Wir laden alle herzlich ein, mit uns vors und ins Stadthaus zu kommen.

Wir danken herzlich für das Gespräch und wünschen für den 8. März viel Erfolg.

Das Gespräch führten Monika Krüger und Anke Lohmann.

Heidrun Tannenberg ist Stadträtin der PDS in Halle, dort Vorsitzende des Gleichstellungsausschusses und eine der Sprecherinnen des Frauenpolitischen Runden Tisches.

Für eine glaubwürdige Wissenschaftspolitik

von Dr. Uwe-Volkmar Köck

Die Gentechnik wird als eine der Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts und als ein wesentlicher Standortfaktor im nationalen, europäischen und globalen „Standortwettbewerb“ angesehen. In Forschung und Entwicklung fließen in diesem Bereich deshalb weltweit öffentliche Gelder und privates Kapital wie in keinen zweiten. In der so genannten „Grünen Gentechnik“ liegen die Schwerpunkte in der Erzielung von Resistenzen gegen Herbizide und Schädlingsbefall, der Erhöhung der Toleranz gegenüber extremen Umweltbedingungen und einer Verbesserung bzw. Veränderungen der Produkteigenschaften.

Im Unterschied zur klassischen Züchtung werden gezielt Gene für bestimmte Eigenschaften bzw. Inhaltstoffe aus dem Erbmateriale eines Organismus „herausgeschnitten“ und diese unabhängig von Artgrenzen auf einen anderen übertragen. Spektakuläres Beispiel ist die Übertragung des Frostresistenzgens des Lachses auf die Erdbeere. Hier wird zugleich eines der möglichen Risiken und die Notwendigkeit der Kennzeichnungspflicht deutlich: Menschen mit einer gar nicht so selten auftretenden Fischallergie müssten bei einem kommerziellen Anbau dieser Erdbeere auf der Verkaufsverpackung vor deren Verzehr gewarnt werden.

Das weitaus größte Risikopotenzial liegt im unkontrollierbaren Gentransfer von der angebauten Kulturpflanze in die Umwelt und über Pollen auf deren nahe Verwandte. Die Bauern befürchten zu Recht eine schleichende Erhöhung einer allgemeinen „Verschmutzung“ der Umwelt und der Nahrungsmittel mit gentechnisch veränderten Bestandteilen. Sie fordern deshalb Sicherheiten für diejenigen Landwirte, die auf den Anbau genveränderter Kulturpflanzen verzichten wollen.

Eines der „schlagendsten“ Argumente für die Grüne Gentechnik ist die Verheißung der Lösung der Welternährungsprobleme. In Wirklichkeit ist der massenhafte Einsatz genmanipulierter Kulturpflanzen die Voraussetzung für die Globalisierung im Bereich der Agrarproduktion. Sie führt zu einer Monopolisierung auf dem Saatgutmarkt durch wenige Chemie- und

Saatgutkonzerne und zu einer weltweiten völligen Abhängigkeit der Bauernschaft und zur Existenzgefährdung der kleinen Landwirte in den Hunger- und Armutsregionen dieser Erde. Die Möglichkeiten der Gentechnik können höchstens die Folgen des Hungers lindern, ohne die Ursachen zu beseitigen. Diese liegen in der Ausplünderung durch die kapitalistischen Metropolen und die eigenen, meist korrupten Herrschaftsschichten, und im Kopieren des westlichen Konsummodells.

Der zweifellos großen Ambivalenz der Gentechnik werden jedoch dumpfe Aversionen, Technologiefeindlichkeit oder moderne Maschinenstürmerei ebenso wenig gerecht wie nicht minder unbedarfte bedingungslose Befürwortung und eine schrankenlose Expansion. Bildung und Aufklärung der Menschen ist erforderlich, um sachkundig die Risikofrage entscheiden zu können. Ebenso muss die einklagbare Möglichkeit vorhanden sein, sowohl gentechnikfrei zu produzieren, als auch sich zu ernähren.

Richtung der Technologieentwicklung und ihre Nutzung werden entscheidend von den herrschenden ökonomischen Verhältnissen bestimmt. Die Gentechnologie unterliegt gleichermaßen den Verwertungsinteressen der großen Konzerne der chemischen, pharmazeutischen und Agrarindustrie wie jede andere Technologie oder Erfindung auch. Sie kann nicht zuletzt aus Profit- und Machtgründen missbraucht werden. Das ist offenbar der Hauptgrund vieler Linker und großer Teile der PDS, die Grüne Gentechnik grundsätzlich abzulehnen. Damit klinken sie sich aus der gesellschaftlichen Debatte um eine nicht wieder zurückzudrehende Entwicklung einer Risikotechnologie gerade zu dem Zeitpunkt aus, von dem an in Europa der massenhafte Anbau von genveränderten Kulturpflanzen möglich sein wird. Stattdessen wäre ständige öffentliche Kontrolle erforderlich, um das Risiko und das Ausmaß negativer Neben- und Folgewirkungen, die auch bei besten Absichten nie auszuschließen sind, möglichst gering zu halten.

Die PDS-Landtagsfraktion hat sich nicht zuletzt wegen der in Sachsen-Anhalt vorhan-

denen Forschungstraditionen und den sich abzeichnenden wirtschaftlichen Möglichkeiten schon frühzeitig eine differenzierte Position zur Entwicklung von Gentechnik und Biotechnologie erarbeitet. Sie hat deshalb die von der Landesregierung angeschobene Gentechnikoffensive nicht einfach abgelehnt, sondern hat zusätzlich die Forderungen nach einer Öffentlichkeitsinitiative und eine begleitende Sicherheitsforschung eingebracht. Nicht ganz unerwartet werden gerade diese beiden Aspekte von der Landesregierung stiefmütterlich behandelt. Die PDS hat sich damit einen aktiven Handlungsspielraum geschaffen, der es ihr ermöglicht, sowohl eine glaubwürdige Wissenschaftspolitik zu verfolgen und zugleich sich für die berechtigten Interessen von Landwirten, Verbraucher- und Naturschützern einzusetzen. Die PDS sollte auch in Zukunft für jedes Anwendungsfeld und meist einzelfallbezogen unter Beachtung der Nutzungs- und Missbrauchsmöglichkeiten sowie der Risiken ihre Entscheidung pro oder kontra treffen.

Dr. Uwe-Volkmar Köck ist Sprecher der Landtagsfraktion der PDS Sachsen-Anhalt für Umwelt und Raumordnung.

Unter

www.pdslsa.de

sind alle
bisherigen
Ausgaben
von klartext
komplett
abrufbar.

klarTEXT

„Europa hat uns geholfen und sonst niemand!“

von Bernd Krause

Aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zur Enteignung tausender Eigentümer von Bodenreformland schöpfen jetzt viele Menschen gerade in den neuen Bundesländern Hoffnung auf eine späte Gerechtigkeit.



Es sind dies vor allem jene Menschen bzw. deren Erben, die seinerzeit im Ergebnis der antifaschistisch-demokratischen Bodenreform (1945 bis 1949) gegen ein Entgelt eine Parzelle Land erhielten. In Sachsen-Anhalt gab es damals über 152.000 Landempfänger. Dieses Land ist den Empfängern lt. Bodenre-



formerkunde „zum persönlichen, vererbba- ren Eigentum“ und „schuldenfrei“ übergeben worden. Es hätte also nie einen Zweifel daran geben dürfen, dass das Bodenreformland vererbbar war.

Dennoch ist 1992 im Bundestag ein Gesetz beschlossen worden, das von einer völlig „falschen Grundannahme“ (BGH-Urteil von 1998) ausging, nämlich, dass das Bodenreformland nicht vererbbar gewesen sei. Erst viel später unter fortgeschrittenen sozialistischen Bedingungen wurde die so genannte Besitzwechselverordnung erlassen, die die

Vererbbarkeit einschränkte. Mit dem Modrowgesetz vom 6. März 1990 wurden all diese Verfügungsbeschränkungen aufgehoben. Die Beibehaltung der Besitzwechselverordnung - die Einschränkung der Vererbbarkeit - hätte sich eindeutig zum Nachteil der Eigentums-

und Vermögensverhältnisse der DDR-Bürger ausgewirkt. Das sollte verhindert werden. Entweder waren die politischen Mehrheiten im Bundestag und in den Landtagen von Blindheit geschlagen oder sie haben bewusst eine böswillige Politik gegen die Interessen der Menschen betrieben, denen sie ihre Diäten verdanken. Letzteres muss uns einfach als wahrscheinlicher erscheinen. Schließlich ist in all den Jahren keine Möglichkeit, auch der parlamentarischen Einflussnahme, ausgelassen worden, um gerade auf diesen Tatbestand der Vererbbarkeit hinzuweisen. Außerdem gibt es auch den Verein gegen die Abwicklung der Bodenreform Sachsen-Anhalt e.V., der, dank des unermüdlichen Engagements seines Vorsitzenden Werner Döring, nie aufgab und sich mit dem Straßburger Urteil in

seinem Kampf um Gerechtigkeit jetzt bestätigt sieht. Die einzige politische Kraft, von der der Verein nicht nur Unterstützung erhielt, sondern die von Anfang an – seit 1992 – die Verfassungswidrigkeit des Artikels 233, §§ 11-16, brandmarkte und sich den Problemen der Bodenreformlandbesitzer und derer Erben mit wahrhaft langem Atem und mit außerordentlicher politischer Beharrlichkeit annahm, war die PDS. Einmalig dagegen die politische Arroganz und der Zynismus, mit dem die CDU- und SPD-Regierungen die Abwicklung der Bodenreform betrieben und die „kleinen Leute“ über den Tisch gezogen haben! Auch wenn die PDS sich selbst unter den Bedingungen der Tolerierung nicht durchsetzen konnte, so ist sie doch stets drangeblieben und hat dieses Kapitel nie zu den Akten gelegt.

Kurzum. Die parlamentarischen Möglichkeiten waren erschöpft. Auch der Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland hatte versagt. Die einzige Hoffnung – eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Das Ergebnis: Deutschland hat sich von Europa eine Ohrfeige eingehandelt. In der Tat eine Peinlichkeit für den Gralshüter der Rechtsstaatlichkeit!

Wenngleich der Kampf noch nicht ausgestanden ist, so haben viele von der Abwicklung der Bodenreform Betroffene die Erfahrung gemacht: „Europa hat uns geholfen und sonst niemand!“ Angesichts der bevorstehenden Europawahl eine bemerkenswerte Feststellung.

Bernd Krause ist Mitglied des Landesvorstandes der PDS Sachsen-Anhalt und Mitglied des Vereins gegen die Abwicklung der Bodenreform Sachsen-Anhalt e.V.

2004 wird besser

von Dr. Gesine Löttsch

Dieser Satz war die Kernaussage von Wolfgang Clement bei der Besprechung des Jahreswirtschaftsberichts im Bundestag im Februar. Eine Woche zuvor hatte Kanzler Schröder seinen Rückzug vom SPD-Vorsitz bekannt gegeben. Der richtige Weg solle jetzt von mehr Leuten durchgesetzt werden, lautete die Begründung. Der Kanzler wolle sich mehr auf das Regieren konzentrieren.

Da ist in der Tat viel zu tun.

Da wurde eine Gesundheitsreform verabschiedet, die den Leuten nicht nur das Geld aus der Tasche zieht, sondern Chaos und Verunsicherung schafft. Da wurden die

Personalservice-Agenturen als Kernstück der Hartz-Gesetze beschlossen und der größte Vertragspartner der Bundesagentur für Arbeit meldet nach kurzer Zeit Insolvenz an. Da wird einem privaten Betreiberkonsortium toll collect gehuldigt und in den Ländern fehlt das Geld für dringend notwendige Verkehrsprojekte, die aus den Mauteinnahmen bezahlt werden sollten. Besser wird 2004 nur dann, wenn Rot-Grün endlich ein Wahlversprechen einhält: Das Schließen der Gerechtigkeitslücke.

Dr. Gesine Löttsch aus Berlin sitzt für die PDS im Deutschen Bundestag.

ZWISCHENRUF AUS DEM BUNDESTAG

Bürgerbegehren in Dessau erfolgreich

von Ralf Schönemann, Dessau

Unter dem Motto „Wer wagt, der gewinnt“ führten Dr. Siegfried Dömeland (SPD), Vorsitzender des Mietervereins in Dessau, Uwe Henschke, Regionalgeschäftsführer der Gewerkschaft Verdi, und Ralf Schönemann, Fraktionsvorsitzender der PDS Stadtratsfraktion, das erste Bürgerbegehren Sachsen-Anhalts gegen den Verkauf der Stadtwerke (Kommunales Eigentum) zum eindrucksvollen Erfolg. 7.912 Unterschriften stehen per 9. Februar 2004 zu Buche (erforderlich waren 5.000).

Während der Unterschriftensammlung sammelten wir Erfahrungen von unschätzbarem Wert. So wurde deutlich, dass die Dessauer Bürger sehr wachsam die Entwicklung über einen möglichen Verkauf der Stadtwerke verfolgten. Des Weiteren waren die Initiatoren und Bürger sich über den Stellenwert von kommunalem Eigentum in der heutigen Zeit schnell einig. Deutlich wurde dies an der breiten Beteiligung durch die Bevölkerung Dessaus. Insgesamt 522 Bürger beteiligten sich an der Sammlung. Die Zusammensetzung des Personenbündnisses ermöglichte eine reibungslose Organisation und Informationen über die Vorgehensweise der Unterschriftensammlung, indem sie gute Mitstreiter in ihren

Organisationen aktivierten. An dieser Stelle einen besonderen Dank allen Helfern und Sympathieträgern, wie die Beschäftigten der Dessauer Stadtwerke, die Mitglieder der Gewerkschaften Verdi, IG Metall und des DGB, den Mitgliedern des Mieterbundes, Stadträten von SPD, Bund der Selbstständigen aber auch der FDP und den Mitgliedern der PDS Dessau für die selbstlose Unterstützung trotz des November- und Dezemberwetters. Eine Erkenntnis mussten alle Mitstreiter auch sammeln, allein wären sie nicht in der Lage gewesen, ein solch großartiges Ergebnis zu erzielen.

Danken können wir auch den kritischen Begleitern von CDU und Alternativen Bündnis 90/Grüne für ihre unentwegte Verkaufsargumentation, die uns half den Schutz des kommunalen Eigentums zu aktivieren.

Es wurde deutlich, dass politische Prozesse einer inhaltlichen und aktiven Begleitung bedürfen und den Bürger mitnehmen müssen, wenn es um echte demokratische Mitbestimmung im Alltag geht. Nun wirkt in diesem Zusammenhang natürlich auch die Tatsache, dass es um sehr lebensnotwendige öffentliche Leistungen wie Trinkwasser, Gas

und Strom geht, die auf die elementaren Lebenshaltungskosten sehr direkt einwirken. Einig waren wir uns alle, dass solche Leistun-



gen nicht zum Gegenstand von Spekulationen werden dürfen. Die nächste Etappe heißt nun Bürgerentscheid. Uns ist allen bewusst, dass dies einer konkreten und sehr informativen Vorbereitung bedarf. Jeder Bürger muss anlässlich der Entscheidung auch wissen, warum es eigentlich geht.

Kommunales Vermögen muss zum Nutzen der Allgemeinheit eingesetzt werden und darf nicht Einzelinteressen preisgegeben werden.

Für eine starke Nordharz-Region mitten in Europa

von Ada Ahrens, Ballenstedt

Am 13. Juni finden in Sachsen-Anhalt die Europa- und Kommunalwahlen statt. Wahlzeiten sind auch immer Zeiten, um Bilanz zu ziehen und Zukunftsfragen zumindest aufzuwerfen, wenngleich nicht alle schon schlüssig beantwortet werden können. Eine dieser Zukunftsfragen ist für die Nordharzkreise Halberstadt, Quedlinburg und Wernigerode die Regionalisierung der Verwaltungsarbeit, um die vielen Aufgaben der Daseinsvorsorge für die Einwohnerinnen und Einwohner zu bündeln und effizienter zu gestalten. Diese Regionalisierung würde in ihrem Gefolge natürlich auch für alle anderen Bereiche wie Wirtschaft und Kultur, Tourismus und Landschaft, Natur und Umweltschutz, Vereine und Verbände usw. neue Potenzen erschließen und die Region insgesamt zukunftsfähiger machen.

Wir leben in einer Zeit des Umbruchs auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Die neoliberale Einheitsmeinung von SPD, CDU/CSU, FDP und den Bündnisgrünen will uns weismachen, dass es zu dem weltweiten Kurs der kapitalistischen Globalisierung – verbunden mit rigorosem Sozialabbau und tödlichem Sparkurs in den Kommunen – keine Alternativen gäbe. Doch dem ist nicht so! Die PDS hat Reformalternativen in die Debatte gebracht, wie z.B. über eine gerechtere Besteuerung auch die großen Vermögen stärker zur Sicherung der Lebensbedingungen

herangezogen werden können, wie die Einnahmebedingungen der Kommunen gestärkt werden könnten – schließlich fordert das Grundgesetz die Sozialpflichtigkeit des Eigentums – damit wieder größere Spielräume für regionale Investitionen, für den Abbau der hohen Arbeitslosigkeit, für den Erhalt der kommunalen Infrastruktur, für eine auf die Zukunft gerichtete Bildungspolitik ohne soziale Einschränkungen entstehen. Der PDS ist bewusst, dass sie dieses Umdenken in der Gesellschaft nicht allein fordert und auch nicht allein bewirken kann. Deshalb wollen wir gemeinsam mit sozialen Bewegungen und Verbänden, mit den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die sich mit der Regierungspolitik nicht abfinden wollen, nach Alternativen suchen und sie auch umsetzen. Und eine dieser Alternativen ist die notwendige Regionalisierung. Die Kleinteiligkeit im Denken und Arbeiten müssen wir überwinden, wenn wir in dem größer werdenden Europa unseren Platz finden und behaupten wollen.

Die Europawahlen und die sich in diesem Jahr vollziehende Osterweiterung der Europäischen Union zwingen uns geradezu zu neuen Überlegungen, wie wir den Standort Nordharz attraktiver für die Bürgerinnen und Bürger und effizienter für das gesamte gesellschaftliche Leben gestalten können. Auch deshalb haben die Kreistage der drei Nordharzkreise bereits im vergangenen Jahr gleich lautende

Beschlüsse gefasst, über Kooperationen auf allen sich anbietenden Politikfeldern wie Krankenhäuser, Öffentlicher Personennahverkehr, Rettungsdienste, Volkshochschulen, Naturschutz, Tourismus und Kultur, besonders Erhalt des Nordharzer Städtebundes u.a. den Weg zu einer zukünftigen Fusion der Kreise zu beschreiten. Die zögerliche Haltung der jetzigen Landesregierung in Magdeburg hat den Prozess leider nicht befördert – viel Zeit wurde bereits verloren. Jetzt endlich haben sich bei CDU und FDP, vor allem durch Druck von unten, wieder neue Erkenntnisse angebahnt, so dass mit einer Neuaufnahme der Kreisgebietsreform in den nächsten Jahren zu rechnen ist. PDS-Position ist, dass es hierbei nicht um Befindlichkeiten von Parteien oder einzelnen Personen gehen darf, sondern die Verbesserung der Lebensbedingungen der Einwohner und ihre Perspektiven im Mittelpunkt stehen müssen! Das Potenzial ist in den drei Kreisen durchaus vorhanden, wie die vergleichende Studie des PDS-Regionalverbandes beweist. Wir sollten es nur tun – und zwar bald! Die drei PDS-Kreisverbände Halberstadt, Quedlinburg und Wernigerode könnten in diesem Prozess vorgehen.

Ada Ahrens ist Kreisvorsitzende der PDS Quedlinburg und Fraktionsvorsitzende der PDS im Stadtrat von Ballenstedt.

Die Leichtathleten haben erkannt, dass es gemeinsam besser geht

von Katrin Kunert, Stendal

Die Diskussion um eine Kreisgebietsreform, sie hat uns wieder. Und sie schüttelt die PDS durch, als stünde man am Anfang der Problematik.

Spätestens nach Veröffentlichung der Karte für die Verwaltungsgemeinschaften muss doch klar sein, dass es auch früher oder später eine Kreisgebietsreform geben wird. Und die Frage ist, wollen wir mit unseren bereits erarbeiteten Standpunkten uns in die begonnene Diskussion einbringen und agieren oder wollen wir reagieren?

Wollen wir mit unseren Vorstellungen zur Funktional- und Verwaltungsreform eine Alternative zu dem gigantischen Landesverwaltungsamt aufmachen und uns trauen? Seit 1994, der letzten Kreisgebietsreform, wurde eine Funktional- und Verwaltungsreform immer in Aussicht gestellt. Die PDS hat als Tolerierungspartner der SPD bis 2002 fundierte Möglichkeiten erarbeitet. Wir haben in vielen Anhörungen, Arbeitsgruppen und Foren über Aufgabenkritiken gesprochen, waren uns in der Partei einig, dass bei größeren Strukturen, ob nun VWG oder Kreis, die bürgernahen Aufgaben auch näher an die Bürger zu bringen sind. Das heißt, wenn

Kreisstrukturen sich erheblich vergrößern, muss der Kreis Aufgaben vom Land in den Kreis bekommen und der Kreis Aufgaben in die gemeindliche Ebene verlagern.

Im Zentrum unserer Positionen stand und steht die umfassende Kompetenzverlagerung auf die kommunale Ebene, wie es im Initiativantrag des 7. Landesparteitages formuliert und beschlossen wurde. Auf dem 6. Landesparteitag 2000 wurde der Leitantrag zur Funktional-, Verwaltungs- und kommunalen Strukturreform mit großer Mehrheit beschlossen. Für mich ist es bedauerlich, dass gerade die Region in Sachsen-Anhalt, die als ein Ganzes wahrgenommen wird, nicht zueinander findet bzw. es dort den größten Widerstand gibt. Die Altmark ist eine Planungsregion, sie arbeitet in vielen Fragen zusammen, die Landräte haben gemeinsam mit dem Jerichower Land vor, den Rettungsdienst in einem möglichen Zweckverband zu organisieren, im Fremdenverkehr stellt sich die Region nur noch gemeinsam vor...

Die Kreistagsfraktionen aus Stendal und dem Jerichower Land haben eine Studie erarbeitet, aus der neben vielen interessanten Erkenntnissen hervorgeht, dass eben nicht die Mehr-

heit in der Altmark gegen einen Kreis wären, es hält sich die Waage.

Und wenn wir ehrlich miteinander umgehen, wissen wir sehr wohl, dass es in erster Linie Funktionsträger sind, die berechnete Befürchtungen haben, aber auch ihre Befindlichkeiten pflegen. Lassen wir doch die Bürger per Bürgerentscheid darüber abstimmen.

Ein Beispiel habe ich des Öfteren gebracht: Ich bin leidenschaftliche Leichtathletin und bei Starts ab Landesebene starte ich nicht für meinen Verein, sondern für LG Altmark. Die Leichtathleten haben erkannt, dass gemeinsam vieles besser geht. Deshalb finde ich es schade, dass wir Beschlüsse punktuell ausblenden, um vielleicht konstruktivem Streit um die besseren Argumente aus dem Weg zu gehen. Das ist inkonsequent. Ich kann nicht umfassende und richtige Ansätze einer solchen Reform erarbeiten und sie an der Grenze zur Altmark beiseite legen. Die Altmark ist exemplarisch für unsere eigenen Ansätze, warum eine Funktionalreform so wichtig wäre.

Katrin Kunert ist Mitglied des Parteivorstandes der PDS und Vorsitzende der Kreistagsfraktion der PDS Stendal.

„Frieden braucht nicht nur Mut, sondern auch Dich“

von Joachim Spaeth, Magdeburg

„Die atomare Gefahr ist real“, so Professor Joseph Rotblat, Atomphysiker und Friedensnobelpreisträger. „Und damit meine ich nicht die Bedrohung durch den Irak“, sagt der 94-Jährige, der mit Albert Einstein und Bertrand Russell das Manifest unterschrieb, das die Pugwash-Konferenzen begründete, die Wissenschaftler aus aller Welt veranlassen sollten, ihre Verantwortung für die Gesellschaft aktiv wahrzunehmen. Ein neues weltweites Wettrüsten fürchtet Joseph Rotblat. Die in den USA entwickelten „Mini-Nukes“ seien ein Indiz dafür, dass Atombomben als „bloße“ strategische Waffen zur Friedenssicherung ausgedient haben.

„Als am 6. Dezember 1959 die ‚Hamburger Morgenpost‘ die knappe Nachricht brachte, daß in Bergen-Hohne Atom-Raketen vom Typ ‚Honest John‘ erprobt werden, stand unser Entschluß fest, aus Protest dorthin zu marschieren, notfalls allein. Dabei spielte auch eine Rolle, daß der Truppenübungsplatz an das Gebiet des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen angrenzte und sich bei uns die Vorstellung eines neuen ‚Todes-Zentrums‘ in der Lüneburger Heide nicht beiseite drängen ließ.“ So Konrad Tempel, Quäker aus Hamburg, zu den Vorbereitungen zum ersten deutschen Ostermarsch.

Beim Ostermarsch in Sachsen-Anhalt vermerke ich immer wieder bedauernd, es gibt keine landesweite Friedenskoordination, daher



auch keinen Gesamtüberblick. Die elf Ostermärsche, an denen ich hier im Norden Sachsen-Anhalts teilnahm bzw. mitwirkte, führten u.a. nach Colbitz, Dolle, Hütten, Gardelegen, Neuenhofe, Vollenschier, Wolmirstedt, rund um den Truppenübungsplatz und das Gefechtsübungszentrum Colbitz-Letzlinger Heide. Kernforderung unserer Ostermärsche: Das Leben braucht Frieden mit einem zivilen menschwürdigen Leben, einem nachhaltigen Umgang mit der Natur, keine Massenvernichtungsmittel, keine Kriegsübungsplätze, keine globalen militärischen Einsatzstrategien.

Noch sind die Planungen für den Ostermarsch 2004 nicht abgeschlossen. Soweit bekannt, wird Colbitz am Ostersonntag in diesem Jahr das Ziel. Das Ostermarschbüro Leipzig (Fon: 0341/14 06 44 17) plant beginnend am Karfreitag einen dreitägigen Fahrrad-Marsch über Leipzig, Bitterfeld Dessau, Magdeburg nach Colbitz. „Frieden braucht nicht nur Mut – sondern auch Dich“ so die Hauptaussage der jungen Leute aus Leipzig. Die OFFENE HEIDE beteiligt sich mit ihrem 128. Friedensweg am Ostermarsch, viele andere wollen sich noch finden, sagen die Organisatoren. So hat Johannes Leweck, Landesprovinzialpfarrer für EineWelt- und Friedensarbeit bei der evangelischen Kirche Sachsen sein Mitwirkungsinteresse angesagt, genauso wie die Energiewende Stendal, Jugendgruppen wie die „greenkids“ bzw. „solid“.

Peter Haese (Fon: 0391/3004 79 11 oder Fax: 0391/30 04 79 20) hat sich bereit erklärt, weitere Kräfte zu sammeln. Auf der Internetseite www.offeneheide.de sowie in den Medien wird informiert.

www.ippnv.de, www.friedensratschlag.de, www.friedenskooperative.de

Joachim Spaeth ist Mitarbeiter der PDS Sachsen-Anhalt und engagiert in der Initiative OFFENE HEIDE.

Soziale Gerechtigkeit auch Maßstab für Kommunalpolitik

von Hans-Werner Brüning, Magdeburg

Gelegentlich argumentieren Mandatsträger der PDS in kommunalen Vertretungen, dass es bei ihnen in der Haushaltsdebatte keine Gestaltungsräume mehr gebe. Die Kasse ist defizitär. Egal, welcher Fraktion man angehört, alle säßen im gleichen Boot, heißt es. In der Tat, für Jugendklubs, Vereine, Kultur und Sport steht in den kommunalen Haushalten immer weniger Geld zur Verfügung. Es gibt Gemeinden, die nicht einmal mehr die Komplementärfinanzierung für Fördermittel aufbringen. Das Bild mit dem Boot scheint zu stimmen. Doch ganz so einfach ist es nicht. Es ist schon schlimm, wenn die Kreistage und Stadträte über das Schließen von Schulen und Kindertagesstätten befinden müssen, wenn Kindern von nicht Erwerbstätigen die Türen von Krippe und Kindergarten nur noch halbtags offen stehen. Dringende Investitionen werden verschoben oder gar gestrichen. Doch es ist angebracht, in den kommunalen Vertretungen über die Ursachen zu reden. Magdeburgs Oberbürgermeister Trümper (SPD) zum Beispiel erklärt öffentlich gern, dass in den öffentlichen Kassen Geld fehle. Das ist wohl wahr. Doch die zu niedrigen Steuereinnahmen in Bund und Land, die als Begründung dafür herhalten müssen, sind doch die Folge der Regierungspolitik in Berlin

und Magdeburg. CDU, SPD und FDP belasten kräftig die Portmonees von Verbrauchern, Patienten, Sozialhilfeempfängern, Rentnern und Arbeitslosen. Die großen Konzerne dagegen entlasten sie – mehr noch, sie erhielten seit 1998 großzügige Steuerrückzahlungen und andere Geschenke. Diese sozial ungerechte Politik wirkt bis in die kommunalen Haushalte. So schmälert der durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II entstehende Kaufkraftverlust ab 2005 die Einnahmen im Einzelhandel, der Handwerker und Dienstleister in Sachsen-Anhalt im Verhältnis 1:1 (350 Millionen Euro!). Die Steuergeschenke an Banken und Konzerne belasten die öffentlichen Kassen kurz-, mittel- und langfristig. Es handelt sich nicht, wie oft behauptet um eine zeitweilige Politik des knappen Geldes, sondern um den Abriss des Sozialstaates.

So kann ich als Mitglied des Stadtrates von Magdeburg nicht erkennen, dass ich mit den Vertretern der erwähnten Parteien in einem Boot sitze, selbst wenn wir in Sachfragen oft übereinstimmen. Geradezu grotesk erscheint die Meinung der SPD-Fraktionsvorsitzenden, die in ihrer Haushaltsrede beklagt hat, dass „Kinder arbeitsloser Eltern nur noch einen

eingeschränkten Anspruch auf einen Kita-Platz haben.“ Den haben sie doch auf Vorschlag der SPD-Fraktion im Landtag. Eine pauschale Forderung nach einer besseren Finanzausstattung können alle Mittragen. Doch wie sieht es mit der Forderung nach einer sozial gerechten Steuerreform bzw. Gemeindefinanzreform aus? Hier scheiden sich die Geister. Gerade diese Forderung zielt auf Zukunftsfähigkeit ab. Jeder ist nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben heranzuziehen. Geschieht das nicht, dann strudeln die Kommunalfinanzen weiter in die Tiefe. In Sachsen-Anhalt betrug der Anteil der Kommunalfinanzen am Gesamthaushalt im Jahre 2001 noch 35,6 Prozent. Er sank bis zum Jahr 2004 beständig auf 29,3 Prozent. Das bewirkt eine Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung. Unter diesem Druck kommt es mehr denn je darauf an, dass die PDS-Kommunalpolitiker aller Ebenen deutlich darauf hinweisen, dass sie alles tun, damit die sozialen und kulturellen Belange in den Städten und Dörfern oberste Priorität behalten.

Hans-Werner Brüning ist Mitarbeiter der PDS Sachsen-Anhalt und Vorsitzender der Stadtratsfraktion der PDS Magdeburg.

Termine der PDS Sachsen-Anhalt

7. März, Friedensweg OFFENE HEIDE, www.offeneheide.de

9. März, 17.00 Uhr, Landtag, PDS-Landtagsfraktion lädt ein zum **Frauentagskonzert**

15. März, 19.00 Uhr, **Chat** mit Dr. Angelika Klein (MdB) „Zur Europawahl“, www.pdslsa-lt.de

16. März, 18.30 Uhr, Magdeburg, **Landesvorstandssitzung** der PDS

18. März, 16.00 Uhr, KIZ Magdeburg, **Abgeordnetensprechstunde** mit Dr. Angelika Klein (MdB und Mitglied des LV)

20. März, **Antikriegsdemonstrationen**, u.a. in Berlin, 13.00 Uhr, vom Potsdamer Platz zur Gedächtniskirche

25. März, 19.00 Uhr, Kulturtreff Halle-Neustadt, „**Europa: bürokratisch, unsozial, militärisch? Wo sind die Alternativen?**“ mit André Brie (MdB)

3. April, **Bundesweite Aktionen gegen Sozialabbau**, u.a. Großdemonstrationen in Berlin, Köln und Stuttgart

4. April, Friedensweg OFFENE HEIDE

6. April, 18.30 Uhr, Halle, **Landesvorstandssitzung** der PDS

11./12. April, **Ostermärsche**, u.a. Dreitägiger Fahrrad-Ostermarsch über Leipzig, Bitterfeld, Dessau, Magdeburg nach Colbitz
Tel.: 0341/14 06 44 17

15. April, 16.00 Uhr, KIZ Magdeburg, **Abgeordnetensprechstunde** mit Sabine Dirlich (MdB)

17. April, 10.00 Uhr, **Beratung mit Kreisvorsitzenden** der PDS

19. April, 19.00 Uhr, **Chat** mit Birke Bull (MdB) „Sind soziale Sicherungssysteme noch sozial sicher?“, www.pdslsa-lt.de

24. April, 10.00 Uhr, Magdeburg, **Landesvorstandssitzung** der PDS

2. Mai, Friedensweg OFFENE HEIDE

10. März, 15.30 Uhr, Halle, Bürgerhaus Alternative
„Woran glaubt, wer nicht glaubt?“

13. März, 10.00 Uhr, Halle, Frauenzentrum Courage e.V.
„Auswirkungen der EU-Liberalisierungspolitik auf die öffentliche Daseinsfürsorge“

16. März, 19.00 Uhr, Salzwedel, Kreisbibliothek
„Der Traum von der jüdischen Heimstätte und der Zionismus – in memoriam Theodor Herzl!“

18. März, 16.30 Uhr, Magdeburg, Haus der Gewerkschaften
„Rentenreform ja – Sozialabbau nein!“

20. März, 10.30 Uhr, Halle, Haus der Fraktionen
„Demokratie in den Kommunen in Zeiten knapper Kassen“

25. März, 18.00 Uhr, Dessau, Galerie-Café
„Was geschah mit Iraks Kulturschätzen?“

22. April, 17.00 Uhr, Naumburg, Hotel Kaiserhof
„Friedrich Nietzsche und der Mythos vom geistigen Zentrum Mitteledeutschland“

24. April, Merseburg, Industriedenkmal Pfännerhall
„Kreativität ist nachhaltig: Die Förderung kreativen Denkens und Eigeninitiative als Voraussetzung für eine nachhaltige Regionalentwicklung“

23. bis 25. April, Magdeburg, Jugendkulturtage im
"Theater am Jerichower Platz"
Szenische Lesung zur Geschichte der Herbert-Baum-Gruppe

29. April, 16.30 Uhr, Magdeburg, Haus der Gewerkschaften
„55 Jahre Grundgesetz der BRD und die Gewerkschaften“

12. Mai, 13.00 Uhr, Halle, Franckische Stiftungen
„Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Situation von Frauen“

bildungsverein.elbe-saale@t-online.de, 0391/732 49 80

Die Integration der europäischen Linken und die KSCM

von Stanislav Holubec, Mitglied der KSCM

Die Gründung der europäischen Linkspartei empfinde ich als die vielleicht größte Herausforderung für die europäische Linke in ihrer Geschichte der letzten 50 Jahre. In diesem Sinn haben wir eine große Verantwortung nicht nur für uns selbst, sondern auch gegenüber unseren Nachkommen. Wenn wir die verschiedenen europäischen linken Parteien untersuchen, können wir folgende meiner Meinung nach entscheidenden Kriterien vergleichen:

- Anzahl der ländlichen Bevölkerung
- Grad der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes
- Anzahl der Wählerstimmen für die linke Partei
- Anzahl der Parteimitglieder
- Und last but not at least: Wie sind linke Ideen in der Gesellschaft verankert, vor allem in der Kultur, in den Massenmedien und in akademischen Kreisen?

Ich zeige am Beispiel der Rolle der KSCM die Schwäche und Stärke unserer Position.

Die tschechische Republik ist zweifellos ein kleines und wirtschaftlich schwaches Land. Die Höhe unseres BIP entspricht der Höhe des BIP eines durchschnittlichen deutschen Bundeslandes. Auf jeden Fall ist die Position der KSCM bezüglich der gewonnenen Wählerstimmen sehr stark. Bezüglich der relativen Anzahl von Stimmen ist die KSCM die stärkste kommunistische Partei der westlichen Welt. Auch bezogen auf die Mitgliederanzahl ist die KSCM die Spitze in Europa. Auf der anderen Seite ist die Schwäche der Verankerung linker Ideen in der tschechischen Gesellschaft bekannt. Zudem befindet sich die KSCM nach nunmehr 15 Jahren immer noch in einem medialen Ghetto. Die KSCM selbst ist ein Neuling in der Familie der europäischen Linken, die erst in den letzten Jahren versucht hat, engere Kontakte zu anderen linken Parteien in Europa zu suchen. Die PDS nimmt dabei eine widersprüchliche Rolle ein: Sie stammt zwar auch aus dem ehemaligen sowjetischen Block, aber sie befindet sich schon 14 Jahre in der EU. Daher kann die PDS als Brücke nicht nur für unsere Partei, sondern auch für andere osteuropäische Linksparteien dienen. Die Schlüsselfrage für die Zukunft ist darum, wie sich die linken Kräfte vor allem in zwei Staaten entwickeln werden: In Frankreich und in Deutschland. Ich sage „vor allem“, weil es sich um starke und höchst entwickelte Länder mit großer linker Tradition handelt. Grade heute versuchen die BRD und Frankreich eine selbstständige bzw. von den USA unabhängige Außenpolitik zu gestalten. In beiden Ländern existierten bis vor kurzem starke linke Parteien. In Frankreich erlebt die FKP zur Zeit die schwerste (vielleicht auch tödliche) Krise ihrer Geschichte. Andererseits muss man erwähnen, dass sich in den letzten Wähler-

umfragen mehr als 22 Prozent aller Wähler für radikale trotzkistische Gruppen aussprechen. Abgesehen von unserer Meinung über die Trotzlisten stellt dies aber dar, dass es ein großes linkes Potenzial in der französischen Gesellschaft gibt. Die Erfolge der trotzkistischen Gruppen zeigen uns auch, dass heute andere Organisationsmodelle, z. B. die ohne Hierarchie und mit einem Netz autonomer Subjekte, erfolgreicher als traditionelle Parteistrukturen sein können. Bei uns in Tschechien beobachten wir sehr aufmerksam die aktuelle Entwicklung der PDS. So beschäftigte sich das Zentralkomitee unserer Partei in der letzten Sitzung fast 15 Minuten mit der Situation in der PDS. Für die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Linkspartei finde ich die Frage, ob der PDS ein politisches Comeback im Jahr 2004

„In Tschechien beobachten wir sehr aufmerksam die aktuelle Entwicklung der PDS.“

gelingt oder nicht als überaus wichtig. Vor allem deshalb, weil die PDS bis heute ein mutiges Denkpotezial besitzt und weil der reformistische Charakter der PDS als Beispiel für die KSCM und andere Parteien dienen kann. Man kann daran erkennen, wie man sich reformieren kann, und welche Fehler man vermeiden sollte.

Die Stalinisten in der KSCM finden die heutige Situation der PDS nicht so bedrohlich, weil sie erstens denken, dass es keinen Schaden verursacht, wenn die aus ihrer Sicht Revisionisten von der Bildfläche verschwinden, und zweitens argumentieren Sie: Wenn die gesellschaftlichen Bedingungen dazu reif sind, dann entwickelt sich in der Zukunft eine andere und noch stärkere linke Partei in der deutschen Gesellschaft. Sie unterschätzen allerdings die Stabilität des politischen Systems in der BRD, wo es gar nicht einfach ist, eine neue und starke linke Partei zu gründen. Der konservative Teil der KSCM plädiert zudem für eine möglichst breite Integration der osteuropäischen kommunistischen Parteien in das Projekt der europäischen Linkspartei. Und gemeinsam mit den russischen oder ukrainischen Kommunisten wollen sie dann traditionelle, nationalistische und kommunistische Programmpunkte in der Europäischen Linkspartei durchsetzen. In diesem Sinne ist ein Erfolg der PDS auch besonders wichtig für die modernen Kräfte in der KSCM. Für eine gemeinsame Linkspartei brauchen wir die entsprechende Struktur. Der Name „Partei“ klingt in Tschechien seltsam, weil

unsere Mitglieder immer unter Partei ein zentralisiertes Projekt verstehen. Damit fürchten sie um ihre Identität. Manche tschechischen Kommunisten behaupten, dass der Prozess der Bildung der europäischen Linkspartei nur von den Parteien befördert wird, die sich heute in der Krise befinden (gemeint PDS und FKP), weil sie mit der Gründung ihre schwere Situation lösen wollen. Dazu stelle ich fest: Die Europäische Linke befindet sich schon 15 Jahre in einer schweren Krise. Und wer hat diese herbeigeführt? Vor allem wir – die Sozialisten aus dem Ostblock!

Als wichtigste Fragen oder Herausforderungen in der Diskussion über die ELP sehe ich erstens die Schaffung eines gemeinsamen Parteiprogrammes der ELP, mit dem alle Mitglieder Bürger der EU-Länder ansprechen können. Eine Basis für dieses Programm kann die These sein, dass wir die europäische Integration nur als einen ersten Schritt in der Schaffung globaler Gerechtigkeit sehen.

Zweitens: Wie laufen die Entscheidungsstrukturen in der ELP?

Drittens: Wie wird sie finanziert? Für beide Fragen muss dem Anspruch eines maximalen Maßes an Gerechtigkeit gefolgt werden. Die Frage, wie stark soll jede Partei vertreten sein, sollte auf Grundlage der absoluten Mitgliederzahl beantwortet werden. Die Position schwächerer Mitglieder muss trotzdem ausreichend vertreten sein.

Die Höhe des finanziellen Beitrages sollte über die jeweilige Mitgliederzahl, über die Abgeordnetenzahl und über die ökonomische Entwicklung des Landes bestimmt werden. Das Geld sollte aber in der Zentrale der ELP verbleiben, denn die Zentrale muss die Möglichkeit für ein eigenständiges politisches Agieren erhalten. Sonst wäre die ELP nur eine ohnmächtige Föderation einzelner Parteien. Wichtig ist aber auch die finanzielle Unterstützung schwächerer Parteien, weil es in unserem Interesse sein sollte, dass es in jedem Land eine starke Linkspartei gibt.

Die Frage der Gründung kann nicht nur eine Frage der Parteispitzen sein. Es ist notwendig, dass sich auch regionale Parteistrukturen für dieses Projekt engagieren. So sollte es z.B. im Grenzbereich eine grenzübergreifende Kooperation der Parteistrukturen mit dem Ziel einer gemeinsamen Politik geben. Karl Marx hat vor 150 Jahren bedauert, dass Deutschland seine Einigung erst in der preußischen Kaserne findet. Wir, die Sozialisten und Kommunisten Anfang des 21. Jahrhunderts, müssen bedauern, dass die Einigung Europas erst im Kapitalismus stattgefunden hat. Und wir müssen mit allen Kräften dafür kämpfen, dass das europäische Projekt ein sozialistisches Gesicht erhält. Darum gilt auch heute: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Miteinander für ein anderes Europa – demokratisch, sozial, ökologisch, feministisch, friedlich

Berliner Aufruf zur Gründung der Partei der Europäischen Linken

In Europa und in der Welt verstärkt sich der Widerstand gegen Kriege, Zerstörung des Sozialen, Aufrüstung und Marktradikalität. Wir europäischen Linken sind Teil der Bewegungen für eine andere Politik. Wir sind davon überzeugt: Eine andere Welt, ein anderes Europa ist möglich: demokratisch, sozial, ökologisch, feministisch, friedlich – ein Europa der Solidarität.

Die Zeit ist reif für eine Partei der Europäischen Linken. Wir wollen sie noch vor den Europawahlen 2004 gründen.

Das andere Europa

■ Nach dem Ende des kalten Krieges ist der heiße Krieg zurückgekehrt. Neben der NATO militarisiert sich die Europäische Union. Starke Kräfte in Europa fordern ihren Anteil an der imperialen Neuverteilung der Welt. Die USA versuchen, Europa in ihre Weltherrschaftspläne einzubinden. Das ist nicht unser Weg. Wir wollen frei sein von Massenvernichtungswaffen vom Atlantik bis zum Ural; wir wollen ein Europa der kollektiven Sicherheit ohne NATO und ohne ein Militärbündnis EU. Es soll sich auszeichnen mit Initiativen für Abrüstung, Entwicklung, Partnerschaft und die Stärkung des internationalen Rechts.

■ Auch auf unserem Kontinent wird die Kluft zwischen arm und reich tiefer. Millionen Menschen sind erwerbslos oder prekär beschäftigt. Soziale Sicherheit wird zerstört, Daseinsvorsorge privatisiert. Das ist nicht unser Weg. Wir wollen Solidarität, soziale Rechte und eine Umverteilung von oben nach unten, von den Reichen zu den Armen. Angesichts von Rezession und wachsender Arbeitslosigkeit müssen die Orientierungen des Stabilitätspaktes und der Europäischen Zentralbank in Frage gestellt, muss eine andere Wirtschafts- und Sozialpolitik durchgeführt, müssen soziale Prioritäten für Vollbeschäftigung und Ausbildung, für öffentliche Dienstleistungen und mutige Investitionen, darunter in die Umwelt, gesetzt werden. Eine Besteuerung der Kapitalflüsse ist einzuführen. Andere Prioritäten müssen her, bei denen der Mensch und nicht das Geld im Vordergrund steht.

■ In EU-Europa haben Ministerrat und Kommission viel Macht. Sie entscheiden hinter verschlossenen Türen unter dem Einfluss von Lobbyisten und Privatinteressen. Auf nationaler Ebene verlieren die Parlamente an Einfluss. Bürgerinnen und Bürger haben weniger zu sagen. Das politische System steuert auf eine Legitimationskrise zu. Das ist nicht unser Weg. Wir wollen mit den Bür-

gerinnen und Bürgern Transparenz, neue Formen der Demokratie, Mitgestaltung, mehr Macht für die nationalen Parlamente und für das Europäische Parlament.

- Europa ist dabei, eine Festung zu werden. Im Namen des „Kampfes gegen den Terrorismus“ werden dabei auch Menschen- und Bürgerrechte bedroht und eingeschränkt. Das ist nicht unser Weg. Wir wollen ein weltoffenes Europa der Menschen- und Bürgerrechte. Es soll Verfolgten Asyl gewähren.
- Europa strebt nach wirtschaftlicher Dominanz. Es führt Handelskriege. Seine Geld-, Finanz- und Handelspolitik treffen besonders die Schwellen- und Entwicklungsländer. Das ist nicht unser Weg. Eingedenk der blutigen Kolonialgeschichte wollen wir mutige Initiativen für Entwicklung, für gerechte wirtschaftliche und politische Partnerschaft ergreifen.



- Die Vielfalt der Kultur und Lebensweisen machen Europa zu einem vitalen Kontinent. Doch sie sind in Gefahr, eingeebnet zu werden. Die Konzentration der Massenmedien in den Händen Weniger gefährdet die Pluralität der Meinungen. Informationen, Kultur, Bildung werden zu Waren. Das ist nicht unser Weg. Wir wollen kulturelle Vielfalt, Wissen, Information für alle Bürgerinnen und Bürger.

- Europa ist einer der wesentlichen Verursacher der globalen Umweltprobleme – durch hohen CO₂-Ausstoß, Export von Müll, Ausbeutung von Energiereserven und Wäldern weltweit. Das ist nicht unser Weg. Wir wollen ökologisch verantwortlich leben und arbeiten.

- In den letzten Jahrzehnten wurden Fortschritte in der Gleichstellung der Geschlechter und Antidiskriminierung erzielt. Heute

werden sie durch die neoliberale Politik der Deregulierung der Arbeitsmärkte besonders gefährdet. Das ist nicht unser Weg. Wir wollen Diskriminierungen überwinden, tatsächlich und dauerhaft gleiche Rechte für Männer und Frauen.

Die Partei der Europäischen Linken

Die Partei der Europäischen Linken will nicht nur nach außen, sie will auch nach innen eine Alternative zur herrschenden Politik in Europa sein. Miteinander wollen wir transparent, demokratisch und gleichberechtigt handeln. Gemeinsam wollen wir überzeugender und politisch durchsetzungsfähiger werden. Wir wissen: Diesen Reichtum können wir nur gewinnen, wenn wir unsere eigenen sozialen und geschichtlichen Erfahrungen, Sichtweisen, Traditionen, Kulturen wahren, erneuern und zusammenwachsen lassen.

Bei Achtung der vollen Selbstständigkeit, Souveränität und Eigenverantwortung aller beteiligten Partnerinnen und Partner sind unser Verhältnis und unsere Zusammenarbeit geprägt von Offenheit, Respekt, Akzeptanz und Toleranz. Im Mittelpunkt unseres Denkens und Handelns steht der Mensch, nicht Profit und Macht. Europa ist unser gemeinsamer Handlungsraum.

Wir wollen die Profitdominanz in Frage stellen und die Herrschaft des Kapitalismus überwinden. Wir wollen eine andere Kultur des Lebens, Arbeitens, Produzierens und der Verteilung. Wir beziehen uns auf den Kampf für den Frieden, auf Antifaschismus, Antirassismus, Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Feminismus, Ökologie.

Wir beginnen jetzt und laden ein, diesen ersten Schritt gemeinsam zu gehen. Wir werden offen bleiben für alle, die sich noch nicht oder anders entscheiden. Wir haben eine tiefe Wertschätzung für vielfältige Formen der Zusammenarbeit. Wir werden sie praktizieren, damit unser Kontinent demokratisch, sozial, nachhaltig und friedlich wird.

Estnische Sozialdemokratische Arbeiterpartei, Französische Kommunistische Partei, Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie (SYNASPISMOS – Griechenland), Partei der Kommunistischen Wiedergründung (PRC – Italien), Die Linke (Luxemburg), Kommunistische Partei Österreichs, Kommunistische Partei der Slowakei, Vereinigte Linke (Spanien), Kommunistische Partei Böhmens du Mährens (Tschechische Republik), Partei des Demokratischen Sozialismus (Tschechische Republik), Partei des Demokratischen Sozialismus (BRD)

Berlin, 11. Januar 2004

Briefe aus dem Landtag

Alfred Dittberner Abgeordneter

Mensch Ete, altet Haus,

also langsam wird mir det hier zu blöd! Pausenlos mucken unsre Libaralen uff, det kann so nicht weitergehen. Macht doch der Chef von denen unsern Ministerpräsidenten an, regt sich uff, wenn der über Mehrwertsteuererhöhung nachdenkt und „weist das deutlich zurück“. Frechheit. Wo wär'n die denn ohne uns? Oder dieset liebarale Jetue bei die innere Sicherheit. Die sind einfach gegen ne Vereinfachung bei die Sammlung von „genetischen Daten“ und machen den Innenminister madig, faseln von „Missbrauch“ und die „Rechte von unbeteiligten Bürgern“. Kann doch allet nich wahr sein – wie soll man denn det kriminelle Jesindel sonst hinta Gitter bringen? Da hilft doch keen Jeschwafel von „Rechtsverständnis“ oder so! Und die Minister von denen sind ja manchmal ooch richtige Knallköpfe! Der eene erzählt, er will die Wirtschaft nich mehr fördern, weil er so viel sparen muss, der andere erzählt, er will um jeden müden Euro kämpfen. Und det allet in der Zeitung! Könn' die denn vorher nicht ma fragen?

Oder nimm det mit die Reformen bei uns, mit der Verwaltung und den Kreisen. Ständich schießen die quer, erzählen irjendwelchen Quark, ohne ma mit uns zu reden.

Nee – so kann det nich weiter gehen!

Aber der Knaller kommt jetzt! Wir ham doch hier so'n Gesetz für „nachträgliche Sicherungsverwahrung“, so heißt det hier. Jeht darum, dass man det kriminelle Jesindel ooch denn noch wegschließen kann, wenn die Strafe vorbei is. Jute Sache. Und da ham doch die Affen in Karlsruhe bei dem Jericht da feststellt, dass unsa Gesetz „verfassungswidrig“ is. Da kann man sich ja nur an den Kopp fassen! Na jedenfalls hatten sich unsere Libaralen schon in der Landtagssitzung, wo wir det beschlossen ham, jewunden wie die Aale. Aber denn ham sie brav die Pfote jehoben. Und jetzt, nach dem Urteil, da quaken die groß rum! So eine Frechheit, lies Dir ma durch, wat die jetzt ablassen: „Aus verfassungsrechtlicher Sicht spiegelt das Urteil auch die Auffassung der FDP-Fraktion wider, dass das Land keine eigene Zuständigkeit zur Regelung der Unterbringung bzw. nachträglichen Sicherungsverwahrung von Straftätern hat.“ Damals im Landtag ham sie die Pfote jehoben! Also nee, und da spreizen die sich jetzt als die Gralshüter von dem Rechtsstaat. Is nich zu glooben.

Aber so sind se eben. Draußen motzen se rum, tun sich wichtig, aber bei die Abstimmung, da heben se schon immer die Pfote an die richtige Stelle. Und so muss det ja ooch sein, so funktioniert det hier mit die Politik!

Bis denn – Dein Kumpel Aldi

P.S.: Eene Sache habe ick noch vergessen, da haut's Dir echt det Blech weg! Wir kümmern uns hier alle um die Politik, Haushalt und so, war im Dezember – und wat lassen die ab? Die fordern eine „bundesweite Aufhebung des Sitzverbots in Bäckereien und Fleischereien“. Damit wir ooch beim Fleischer unsre Wurst im sitzen essen können. Sag ma, ham die noch alle? Klasse, unsre Libaralen, wa?

Impressum

klartext – Magazin der PDS Sachsen-Anhalt

Herausgeber: Landesvorstand der PDS Sachsen-Anhalt

Chefredakteur: Matthias Höhn (MdL) · **Redaktion:** Dr. Thomas Drziska (V.i.S.d.P.), Corinna Grundmann, Monika Krüger, Anke Lohmann, Katja Müller, Sven Barquet, Matthias Gärtner (MdL), Dr. Martin Reso, Achim Spaeth

Satz/Layout: Andrea Johlige · **Druck:** UngerDruck, Barleben

Auflage: 6.200 Exemplare · **Preis:** Spende

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22. Februar 2004 · klartext erscheint einmal im Quartal.

Das Magazin ist erhältlich in allen Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros der PDS Sachsen-Anhalt.

Für unverlangt eingesandtes Bild- und Textmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich bei Leserbriefen das Recht Sinn wahrender Kürzungen ausdrücklich vor.

Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Anschrift: PDS-Landesvorstand Sachsen-Anhalt, Redaktion klartext, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg

Fon: 03 91/7 32 48 40, **Fax:** 03 91/7 32 48 48, **E-Mail:** landesvorstand@pds-sachsen-anhalt.de

Die Hilfe muss konkret sein

Leserbrief

Seit Erscheinen lese ich auch „klartext“ neben meiner farbfreudigen MZ und dem kaum rosaroten ND und dem entwicklungsbedürftigen RotFuchs. Nun, „klartext“ – soll das eine politische Aussage sein oder eine Versprechung? Ich mache es kurz: „Ein anderes Europa, eine andere Welt“ (Dr. Angelika Klein) – macht doch erst einmal eine andere BRD. Oder ist diese BRD keine Führungsgröße in Europa? Es geht ganz konkret um erstens Arbeit, zweitens um Wohnung und drittens um Brot. Keiner weiß, wie viel Millionen Menschen das konkret betrifft. Alle anderen Redensarten verwirren die Leute der Straße. In der Nordharzregion werden wir diese Akzentuierung den Männern und Frauen, Alten und den Jungen ins Bewusstsein bringen. Unser Sozialforum hat beachtlichen Zulauf. Später dazu mehr, vielleicht.

Zu Bildungsfragen: In Ballenstedt wird auf meine Initiative hin künftig Nachhilfeunterricht für Kinder der Grundschule kostenlos durch wohl gebildete Pädagogen erteilt. Mag sich streiten wer will, die gegenwärtige Schulstruktur – von den Bourgeois im Landtag durchgesetzt und von der PDS toleriert (ein besonderes Merkmal linker Kompromissfähigkeit – a la der viel gepriesenen „seriösen Angebote“) – interessiert mich überhaupt nicht. Die Hilfe für die Entrechteten muss konkret und für sie, die Knechte sind und Knechte bleiben sollen, Wege aus der scheinbaren Ausweglosigkeit zeigen.

Letztes Wort zur Wehrmachtausstellung: Wer bis zum letzten Tag für die Nationalsozialisten Krieg geführt hat, hat Verbrechern geholfen. Am 18. April 1945 haben mich GIs eingefangen. Das war viel zu spät - weiß ich heute.

Wenn Sie, meine Damen und Herren der Redaktion, von mir noch etwas anderes wissen wollen, bitte. Meine Adressen sind Ihnen bekannt.

Wolfgang Ahrens PDS (noch), Ballenstedt



Alles Gute
zum
Internationalen
Frauentag
am 8. März!

Der ersten Landesgartenschau Sachsen-Anhalts entgegen

von Iris Korwie, Zeitz

Zwar ist noch Winterszeit, aber bald steht der Frühling und mit ihm die Landesgartenschau, die vom 24. April bis 24. Oktober in Zeitz stattfindet, vor der Tür.

Die Ölmühle, jetzt Sitz der Landesgartenschau (Laga), ist ein schöner Ort, um sich über die Gartenschau zu unterhalten. Ein Blick nach draußen macht deutlich, wie gut die Wahl des Geländes rund um die Moritzburg für die erste Landesgartenschau des Landes Sachsen-Anhalt war. Ein Juwel auf dem Gelände der Laga bildet die 1708 entstandene, im barocken Baustil wieder neu errichtete Orangerie. Sie wird vor allem ein gastronomischer Anlaufpunkt sein. Des Weiteren wird eine Ausstellung im Parterre des



Gebäudes über die Entstehungsgeschichte der Landesgartenschau Zeitz 2004 informieren und verschiedene Arten von Kübelpflanzen präsentieren. Noch hält die Natur Winterschlaf, aber die bereits fertiggestellten Anlagen und Wege lassen ahnen, wie schön das im Frühjahr, Sommer und Herbst aussehen wird, wenn alles grünt und blüht.

Es sind mehr als 1000 Veranstaltungen geplant. Parkplätze sind genug vorhanden. Die Gartenschau ist gut zu erreichen, ob man nun zu Fuß, mit dem Rad, der Bahn oder dem Auto kommt. Die meisten Anlagen sind auch für Rollstuhlfahrer und Kinderwagen gut erreichbar.

Auf dem Areal der alten Bischofsburg aus dem 10. Jahrhundert findet man auf einem zwölf Hektar großen Ausstellungsgelände originalgetreue Gärten aus dem 17. Jahrhundert, moderne Blumenschauen, zahlreiche Themengärten und vieles, vieles mehr – eine Zeitreise durch viele Epochen. Das Landesgartenschau Gelände befindet sich in der Mitte der Stadt Zeitz. Das Schloss Moritzburg mit seinen großzügigen Parkanlagen ist das Zentrum dieser ersten Landesgartenschau. Hier beginnt die Zeit(z)-Reise in die neu angeleg-

ten historischen Gärten. Man kann die Geschichte vom 10. bis zum 21. Jahrhundert als Herausforderung und Abenteuer erleben. Zeitzeugen aus diesen unterschiedlichen Epochen erwarten uns – und bieten das pas-



sende Ambiente für die Präsentation historischer wie moderner Gartenkunst. Schauen, meditieren, Exotik pur genießen – auch Tosu, die japanische Partnerstadt von Zeitz, präsentiert fernöstliche Gartenkunst. So wird man schnell in das Reich der aufgehenden Sonne entführt.

Das Veranstaltungsprogramm für die 184 Tage Natur und Kultur der Laga Zeitz 2004 besteht

nicht nur aus Blumen, Blüten und Pflanzen, die im Verlauf einer Vegetationsperiode in Wechsellausstellungen präsentiert werden, sondern auch aus einer bunten Palette von Veranstaltungen, die aus Musik, Theater, Tanz, Lesungen, Events, Feuerwerk und anderen Überraschungen zusammengesetzt ist. Hauptveranstaltungsort wird die Bühne sein, die für 500 Besucher Sitzplätze anbietet. Sie liegt im Schlosspark hinter dem neu angelegten Johannisteich am Durchgang zum Rossner-Park. „Hier spielt die Musik“ – und lädt zum Zuschauen, Zuhören und Mitmachen ein. Insgesamt wird es über 1.000 Veranstaltungen während der Landesgartenschau geben. Einige Höhepunkte des Programms seien genannt:

- die 12. Landesmusikschultage Sachsen-Anhalts;
- der Landeschorwettbewerb;
- Achims Hitparade live auf der Landesgartenschau;
- ein mittelalterliches Ritterfest;
- ein Drachentag mit Drachenflügen;
- ein „Tag der Milch“.

Natürlich wird auf der Laga auch an den Nachwuchs gedacht. Neben einem bunten Veranstaltungsprogramm gibt es viele tolle Erlebniswelten für die jüngsten Gartenschau-besucher: Garten für Kinder, Spielplatz, „Kleine Baumeister“, Wasserspielplatz und Streichelzoo.

Ein besonderes Angebot für Kinder und Jugendliche ist das grüne Klassenzimmer. Dazu vermittelt ein Naturlehrpfad an zehn verschiedenen Stationen von der Wildnis über die Unterwasserwelt bis hin zu kultivierten Parklandschaften Naturwahrnehmung, Naturverständnis und Naturschutz.

Einen virtuellen Rundgang kann man heute bereits unternehmen:

www.Landesgartenschau-2004.de